

Beilage: Stellungnahmen der Kantone Coronamassnahmen: Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage

Total respondents		26
1. Ist der Kanton damit einverstanden, dass weitergehende Massnahmen ergriffen werden?		
Ja/ Oui/ No	96.00%	24
Nein/ Non/ No	4.00%	1
Total respondents	25	
Respondents who skipped this question	1	
2. Oder soll eine weitere Belastung des Spitalsystems in Kauf genommen werden?		
Ja/ Oui/ No	0.00%	0
Nein/ Non/ No	100.00%	22
Total respondents	22	
Respondents who skipped this question	4	
3. Ist der Kanton damit einverstanden, dass an Universitäten und Hochschulen wiederum Fernunterricht gelten soll?		
Ja/ Oui/ No	23.08%	6
Nein/ Non/ No	76.92%	20
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	
4. Ist der Kanton mit der obligatorischen Maskenpflicht ab der Sekundarstufe II einverstanden?		
Ja/ Oui/ No	88.46%	23
Nein/ Non/ No	11.54%	3
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	
5. Würde der Kanton die Einführung einer obligatorischen Maskenpflicht auch in tieferen Stufen befürworten?		
Ja/ Oui/ No	80.77%	21
Nein/ Non/ No	19.23%	5
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	
6. Wenn ja, ab welcher Stufe?		
Sekundarstufe I	50.00%	10
Primarschule	70.00%	14
Total respondents	20	
Respondents who skipped this question	6	
7. Befürwortet der Kanton die Home-Office-Pflicht?		
Ja/ Oui/ No	57.69%	15
Nein/ Non/ No	42.31%	11
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	
8. Ist der Kanton mit den Einschränkungen für nicht immunisierte Personen bei privaten Treffen im Innenbereich einverstanden?		
Ja/ Oui/ No	42.31%	11
Nein/ Non/ No	57.69%	15
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	
9. Ist der Kanton mit der 2G-Regel für Bereiche mit Möglichkeit für eine Masken- und/oder Sitzpflicht einverstanden?		

Ja/ Oui/ No	96.15%	25
Nein/ Non/ No	3.85%	1
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	

10. Ist der Kanton einverstanden, dass für Restaurants die 2G-Regel anstelle der 2G-plus-Regel gelten soll?

Ja/ Oui/ No	88.46%	23
Nein/ Non/ No	11.54%	3
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	

11. Ist der Kanton mit der 2G-plus-Regel für Bereiche ohne Möglichkeit für eine Masken- und Sitzpflicht einverstanden?

Ja/ Oui/ No	26.92%	7
Nein/ Non/ No	73.08%	19
Total respondents	26	
Respondents who skipped this question	0	

12. Ist der Kanton mit der 2G-Regel und einer Masken- und Sitzpflicht einverstanden (ohne Konsumation am Sitzplatz)?

Ja/ Oui/ No	37.50%	9
Nein/ Non/ No	62.50%	15
Total respondents	24	
Respondents who skipped this question	2	

13. Ist der Kanton mit der Schliessung der Bereiche ohne Möglichkeit einer Maskenpflicht einverstanden?

Ja/ Oui/ No	12.50%	3
Nein/ Non/ No	87.50%	21
Total respondents	24	
Respondents who skipped this question	2	

14. Welche Variante soll nach Ansicht des Kantons in einem nächsten Schritt ergriffen werden?

Variante 1	100.00%	25
Variante 2	0.00%	0
Total respondents	25	
Respondents who skipped this question	1	

Coronamassnahmen – Rückmeldung Kantone

Bemerkungen zu einzelnen Fragen

1. Fragen zur Verschärfung von Massnahmen
2. Fragen zu den Basismassnahmen
3. Fragen zur Variante 1: Umfassende 2G-Regel
4. Fragen zur Variante 2: Teilschliessungen
5. Fragen zur Priorisierung der Varianten

1. Fragen zur Verschärfung von Massnahmen

Ist der Kanton damit einverstanden, dass weitergehende Massnahmen ergriffen werden?

AG: Der Kanton Aargau ist ausdrücklich damit einverstanden, dass weitergehende Massnahmen ergriffen werden, um eine weitere Belastung des Spitalsystems zu vermeiden.

AI: Weitergehende Massnahmen sind notwendig. Es gilt, einen erneuten Lockdown zu vermeiden.

AR: Ja. Der Regierungsrat ist mit weitergehenden Massnahmen, um eine Überlastung des Spitalsystems zu verhindern, einverstanden.

Bereits in vorherigen Konsultationen hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass für ihn die Belastung des Gesundheitssystems und vor allem der Intensivstationen eines der wichtigsten Entscheidungskriterien für allfällige Massnahmen ist. In der gegenwärtigen Situation in der die Spitalkapazitäten bereits sehr stark belasten sind und möglicherweise durch die neue Omikron-Variante weiter beansprucht werden könnte, ist es notwendig, dass weitergehende Massnahmen ergriffen werden.

BE: Der Regierungsrat unterstützt die Einführung der 2G-Regel. Weitergehende Massnahmen sind allerdings erst zu ergreifen, wenn sich die Situation weiter verschlechtern würde. Vor einer Entscheidung über weitergehende Massnahmen ist daher die aktuelle Entwicklung zu berücksichtigen.

BL: Der Kanton Basel-Landschaft ist mit der Ergreifung weiterer Massnahmen derzeit nicht einverstanden. Als Eventualplanung befürwortet der Regierungsrat weitere Massnahmen.

BS: Ja, weitergehende Massnahmen sind nötig.

GE: Oui il convient d'introduire des mesures plus fortes et ce dès à présent.

GL: Der Kanton Glarus ist mit weitergehenden Massnahmen einverstanden, falls sich die Zahl der täglichen Hospitalisierungen in den nächsten 5–10 Tagen nicht stabilisieren sollte. Es wäre allenfalls zu prüfen, wie die Massnahmen stärker auf den Schutz der besonders gefährdeten Personengruppen fokussiert werden können. Dies vor dem Hintergrund, dass augenfällig rund 70 Prozent aller Hospitalisationen seit anfangs Oktober 2021 auf die Altersgruppe Ü60 entfallen, wobei die ganz schweren Krankheitsverläufe mit Bedarf an intensivpflegerischer Betreuung in aller Regel ungeimpfte Personen betreffen.

GR: Ja, der Kanton Graubünden ist unter Berücksichtigung der obengenannten Ausführungen damit einverstanden, dass der Bund weitergehende Massnahmen ergreift.

JU: Ces mesures doivent toutefois être évaluées selon la gravité de la situation qui doit elle se mesurer surtout selon le critère de la pression sur le système de santé et

notamment sur les hôpitaux. Le Gouvernement jurassien estime toutefois que la solution la plus logique mélange les propositions faites dans les versions 1 et 2 proposées par le Conseil fédéral. Par ailleurs, des mesures plus strictes vont réduire de manière importante l'activité de certains secteurs économiques qui pour certains devront cesser momentanément leur activité. Il est essentiel que des aides économiques soient à nouveau mises en place pour les soutenir.

LU: Für Gottesdienste dürfen keine weitergehenden Massnahmen beschlossen werden als die geltenden.

NE: il est nécessaire d'adopter des mesures strictes et urgentes sans attendre.

NW: Es dürfte leider unumgänglich sein, dass der aktuelle Trend gebrochen wird, um die sich abzeichnende bzw. bereits eingetretene Überlastung der Spitalstrukturen zu entschärfen. Der Kanton Nidwalden unterstützt die Absicht des Bundesrats, dazu ein rasch umsetzbares, wirksames, gesellschaftlich- und wirtschaftsverträgliches Instrumentarium vorzubereiten.

SH: Weitergehende Massnahmen müssen in jedem Fall evidenzbasiert entschieden werden. Die Förderung der Impfbereitschaft der Bevölkerung soll dabei eine zentrale Rolle spielen.

SO: Wir erachten es aufgrund der epidemiologischen Lage mit drohender Überlastung des Gesundheitswesens als unabdingbar, dass seitens des Bundes umgehend weitgehende, national einheitliche Massnahmen ergriffen werden. Eine Überlastung des Gesundheitswesens besteht insbesondere in den Intensivpflegestationen, jedoch zunehmend auch hinsichtlich der Gesamtsпитalkapazitäten und der Rehabilitationsplätze. Bereits gegenwärtig werden elektive medizinische Eingriffe verschoben.

UR: Es dürfte unumgänglich sein, dass der aktuelle Trend gebrochen wird, um die sich abzeichnende Überlastung der Spitalstrukturen zu entschärfen. Der Kanton Uri befürwortet die Absicht des Bundesrats, dazu ein rasch umsetzbares, wirksames, gesellschafts- und wirtschaftsverträgliches Instrumentarium vorzubereiten.

VS: Il est à notre sens important de prendre des mesures immédiates car le système hospitalier est d'ores et déjà sous une pression considérable et celle-ci risque fort de s'intensifier pour des raisons saisonnières. Le variant omicron fait quant à lui peser de grandes incertitudes sur le développement de l'épidémie.

ZG: Wir bejahen die Notwendigkeit weitergehender Massnahmen und sind der Ansicht, dass eine weitere Belastung des Spitalsystems nicht in Kauf genommen werden kann.

Oder soll eine weitere Belastung des Spitalsystems in Kauf genommen werden?

BL: Der Kanton Basel-Landschaft ist mit der Ergreifung weiterer Massnahmen derzeit nicht einverstanden. Als Eventualplanung befürwortet der Regierungsrat weitere Massnahmen.

FR: Une fermeture de l'économie doit être évitée.

GR: Eine weitere Belastung des Gesundheitssystems darf nicht in Kauf genommen werden. Bei der Ergreifung weitergehender Massnahmen muss die Auswirkung auf die psychische Gesundheit sowie der potentielle wirtschaftliche Schaden mitberücksichtigt werden. Beide sind möglichst gering zu halten. Sollten aus den weitergehenden Massnahmen wirtschaftliche Schäden für einzelne Branchen

entstehen, ist ein neues Härtefallprogramm aufzugleisen, das auch die fünfte Welle mitumfasst. Dabei sind die Voraussetzungen gemäss Art. 12 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie zu revidieren und den neuen Gegebenheiten anzupassen.

JU: Dans le Jura, le système hospitalier a été durant plusieurs jours complètement saturé. Le personnel est extrêmement fatigué et une mise sous pression top intensive du système pourrait aboutir à une perte de contrôle ou du moins à l'application de concepts comme le tri des patients. Ceci doit être évité.

NE: le canton de Neuchâtel préconise d'imposer un système 2G et port du masque et ce pour une durée limitée au 15 janvier.

NW: Wichtig ist dabei, dass ein Kapazitätsausgleich zwischen den Intensivstationen aller öffentlichen und privaten Spitäler in der ganzen Schweiz erfolgt, so dass eine lokale oder regionale Überlastung verhindert, die Aufnahmefähigkeit schweizweit homogen gestaltet sowie die Resilienz der Intensivstationen und die Durchhaltefähigkeit des Personals gestärkt werden.

Leider sind Triage-Situationen bereits vereinzelt Realität geworden; dies gilt es unbedingt zu vermeiden.

SG: Der Kanton St.Gallen ist der Meinung, dass umgehend schweizweite weitere Massnahmen ergriffen werden müssen, um einen weiteren Anstieg der Hospitalisationszahlen zu vermeiden.

SO: Eine weitere Belastung des Spitalsystems hat spürbare Folgen für die Gesamtbevölkerung, da gewisse Operationen nicht mehr durchgeführt werden können und eine Triage erfolgen muss, welche Personen trotz medizinischer Notwendigkeit auf der Intensivpflegestation behandelt werden und welche nicht. Dies kann zu einer relevanten Benachteiligung bestimmter Patientengruppen führen (z.B. Patientinnen und Patienten mit Krebsleiden, Herzinfarkten oder Unfällen).

TI: Sì, in considerazione soprattutto della situazione a livello nazionale, ritenuto che secondo i dati ufficiali pubblicati nel dashboard della Confederazione, i pazienti COVID ricoverati in terapia intensiva sono aumentati del 160% dall'inizio di novembre (da 111 a 289 degenti) e il tasso di occupazione delle unità di terapia intensiva è pari all'82%, di cui il 42% dovuto a pazienti COVID e il 58% a pazienti non COVID. Inoltre diverse strutture ospedaliere confederate segnalano la saturazione dei reparti di cure intense e la necessità di effettuare il triage dei pazienti eleggibili a questa modalità di presa a carico.

L'adozione di nuove misure risulta dunque inevitabile e coerente con il modello a tre fasi del Consiglio federale, secondo cui, dopo che tutte le persone che lo desideravano hanno potuto avere accesso alla vaccinazione, eventuali misure viepiù restrittive sarebbero state introdotte in funzione dell'obiettivo di evitare il sovraccarico del sistema ospedaliero.

L'adozione tempestiva di nuove misure potrebbe scongiurare chiusure più radicali, dovrebbe permettere di guadagnare tempo in attesa di poter constatare gli effetti della vaccinazione di richiamo soprattutto tra le persone anziane e anche consentire di recuperare un certo margine in caso di un eventuale ondata della variante Omicron, i cui effetti restano tuttora molto incerti.

Ribadiamo tuttavia che nelle ospedalizzazioni e nella pressione sul sistema ospedaliero, sussistono importanti differenze regionali. Queste differenze tra i Cantoni sono anche acuite dal confronto dei dati ufficiali sulle postazioni disponibili in terapia intensiva per rapporto alla popolazione. Riteniamo che parallelamente all'adozione di misure sulle attività economiche e sociali, per il settore ospedaliero debbano essere definite condizioni

univoche di riduzione dell'attività chirurgica elettiva e di aumento delle capacità straordinarie per rapporto ai letti normalmente certificati, anche come premessa per eventuali trasferimenti intercantionali. Sotto questo profilo, rileviamo con soddisfazione che le strutture ticinesi hanno compiuto sforzi importanti non solo nelle precedenti ondate, ma anche nella pianificazione di questa fase, grazie pure ad un contributo finanziario straordinario del Cantone per l'allestimento di un dispositivo di prontezza, con nuove postazioni e nuove risorse.

UR: Die Belastung der Spitalkapazitäten ist regional bzw. national zu beurteilen. Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben eine verzögerte Wirkung in den Spitälern. Aufgrund der sich abzeichnenden Situation in den Spitälern ist eine «vorausschauende» Politik angezeigt.

Wichtig ist dabei, dass ein Kapazitätsausgleich zwischen den Intensivstationen aller öffentlichen und privaten Spitäler in der ganzen Schweiz erfolgt, der eine lokale oder regionale Überlastung verhindert, die Aufnahmefähigkeit schweizweit homogen gestaltet sowie die Resilienz der Intensivstationen und die Durchhaltefähigkeit des Personals gestärkt werden.

VD: Même avec des mesures supplémentaires, le système hospitalier va être davantage mis sous pression dès lors qu'il y a un décalage entre le moment de la contamination et l'hospitalisation. Cela signifie que ces 10-15 prochains jours le système sanitaire sera de fait très fortement pressurisé.

VS: Ne rien faire actuellement reviendrait à agir trop tard.

2. Fragen zu den Basismassnahmen

Ist der Kanton damit einverstanden, dass an Universitäten und Hochschulen wiederum Fernunterricht gelten soll?

AG: Der Regierungsrat ersucht den Bundesrat ergänzend um Klärung der Regelung für die Höhere Berufsbildung (HBB; Höhere Fachschulen sowie Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen). Dem Vorschlag, auch für die HBB die 2G-Regeln einzuführen ("Veranstaltung in Innenräumen"), kann nicht zugestimmt werden: Die bisherige Regelung (3G und Maskenpflicht) sollte entweder integral oder mindestens (und zwingend) für Prüfungen beibehalten werden, da der weitgehend praxisorientierte Unterricht schlecht bis gar nicht geeignet ist für Fernunterricht.

BE: Eine Verschärfung der Massnahmen und Fernunterricht werden zwar grundsätzlich unterstützt. Der Regierungsrat schlägt aber vor, auf das generelle Verbot von Präsenzunterricht an Universitäten und Hochschulen zu verzichten. Diejenigen Lehrveranstaltungen, welche zwingend eine physische Anwesenheit erfordern (z.B. gewisse Laborarbeiten) sowie die Durchführung der Prüfungen müssen, mit analogen Bestimmungen wie sie für Veranstaltungen drinnen gelten, vor Ort möglich sein. Damit die Vorbereitung auf die Prüfungen für die Studierenden sichergestellt ist, müssen auch die Hochschulbibliotheken und Archive etc. unter den gleichen Voraussetzungen zugänglich bleiben.

Es ist zu beachten, dass an der Universität Bern das Herbstsemester am 24. Dezember 2021 endet und das neue Semester erst am 21. Februar 2022 wiederum startet.

BL: Nein; nur im Fall, dass eine Homeoffice-Pflicht eingeführt würde.

BS: Nein. Angesichts der zentralen Bedeutung des Präsenzunterrichts für die Qualität der Lehre an den Hochschulen soll auf das vorgeschlagene Verbot des Präsenzunterrichts verzichtet werden. Darauf hinzuweisen ist zudem, dass das Herbstsemester am 24.

Dezember 2021 endet. Eine Umstellung auf Fernunterricht für nur eine Woche ist nicht umsetzbar.

Im Sinne der Kohärenz mit den Massnahmen, die für Kultur, Sport- und Freizeitbetriebe und andere Veranstaltungen in Innenräumen vorgesehen sind, halten wir jedoch eine 2G-Regel auch für Hochschulen für angezeigt.

Eine allfällige Umsetzung von 2G in den Hochschulen im Frühjahrssemester 2022 müsste sich auf die reinen Lehrveranstaltungen beschränken und dürfte nicht auf die Prüfungen ausgeweitet werden. Dort ist es entscheidend, dass alle Geprüften die exakt gleichen Bedingungen haben. Zudem bestehen gewisse Fakultäten (z.B. Naturwissenschaften) auf Präsenzprüfungen, da eine Durchführung online nicht umsetzbar ist. Wenn bei Präsenzprüfungen 2G eingeführt würde – mit Ausnahmen für Ungeimpfte –, wäre mit einer Flut von Rekursen zu rechnen, weil sich dann Studierende ungleich behandelt fühlen könnten.

Sollte Fernunterricht für obligatorisch erklären, dann müsste die Klausel «Lehrveranstaltungen, bei der eine Präsenz zwingend notwendig ist, sind von der Regelung (Fernunterricht) ausgenommen» - wie beim ersten Lockdown – wieder gelten. Das ist z.B. für Praktika sehr wichtig – diese müssen zwingend weiter durchgeführt werden, und sie finden in der vorlesungsfreien Zeit statt.

FR: Une fermeture des Hautes écoles serait disproportionnée, aux vues de l'impact très fort qu'un enseignement à distance généralisé peut avoir sur la qualité de l'enseignement et la santé mentale des étudiantes et des étudiants.

Nous relevons particulièrement la nécessité de pouvoir accéder aux laboratoires, aux ateliers et aux espaces créatifs pour les formations artistiques. Nous avons démontré par le passé que nous sommes en capacité de gérer ces situations et que nous ne contribuons aucunement à une propagation importante du Covid.

GE: Non, 3G et masque obligatoire plutôt que l'enseignement à distance. L'enseignement à distance serait à reconsidérer à part de début 2022.

Idem pour les écoles supérieures et la formation pour adultes.

GL: Fernunterricht muss das allerletzte Mittel sein. Der Präsenzunterricht soll mit geeigneten, zusätzlichen Schutzmassnahmen vor Ort sichergestellt werden. Die Erfahrung zeigt, dass die Umstellung des Hochschulbetriebs auf Fernunterricht zu grossen Problemen in den Bildungsbiographien der Studierenden führt. Die Umstellung auf Fernunterricht hätte insbesondere vor Weihnachten gravierende Folgen, da Anfang Jahr in den Hochschulen Prüfungen anstehen. Hingegen können weitere Massnahmen wie 2G mit Maskenpflicht in die ohnehin schon strengen Schutzkonzepte der Universitäten, Fachhochschulen sowie die pädagogischen Hochschulen aufgenommen werden. Im Übrigen bitten wir den Bundesrat, die Regelungen in Bezug auf die höhere Berufsbildung (Höhere Fachschulen sowie Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen) zu klären. Beim vorliegenden Verordnungsentwurf ist insbesondere für die Höheren Fachschulen unklar, welche Regelungen gelten, gehören sie doch ebenfalls zu den Institutionen des Tertiärbereichs, sind jedoch keine Hochschulen im Sinne des HFKG.

GR: Nein, der Präsenzunterricht muss zwingend beibehalten werden.

JU: Cette option n'est pas idéale mais les établissements de formation concernés ont déjà mis en place un système d'enseignement à distance. Par ailleurs, le Gouvernement jurassien partage l'avis du Conseil fédéral sur le fait que la période actuelle des vacances de Noël et d'un mois de janvier traditionnellement réservé aux révisions est favorable à cette mesure. Un accès aux bâtiments de formation en 3G doit toutefois être possible pour les examens et l'enseignement pratique qui ne pourraient pas être repoussés.

LU: Ja, damit können insbesondere auch Personenansammlungen im ÖV vermindert werden. Fernunterricht an den Hochschulen sollte nur dann gelten, wenn gleichzeitig eine grundsätzliche Home- Office Pflicht gilt. Die Begründung ist in beiden Fällen dieselbe, nämlich die Entlastung des ÖVs.

Die Ausnahme ist offener zu formulieren. Prüfungen und Unterrichtsaktivitäten, die notwendige Bestandteile eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sind davon auszunehmen.

Die Notwendigkeit des Fernunterrichts ist Ende Januar oder spätestens Anfangs Februar neu zu beurteilen, um Planungssicherheit für den Start der Vorlesungen in der KW 8 zu generieren.

NW: Generell ist Fernunterricht, auch an Universitäten und Hochschulen zu vermeiden. Der Austausch zwischen den Dozentinnen und Dozenten sowie den Lernenden sowie unter den Lernenden selbst ist äusserst wichtig für die Wissensvermittlung und den gegenseitigen Austausch in Diskussionen, Übungen usw.

OW: Die Höheren Fachschulen werden nicht thematisiert. Es ist wichtig, dass auch klare Weisungen für diese erlassen werden.

Als Ersatz zum Fernunterricht für einzelne Personen, die nicht zuhause arbeiten können, soll der Unterricht vor Ort in Kleingruppen (max. 5 Personen) unter Einhaltung der Schutzmassnahmen angeboten werden können.

Prüfungen sollen auch vor Ort möglich sein.

SG: Diese Massnahme lehnt der Kanton St. Gallen dezidiert ab. Die Hochschulen waren bereits sehr lange Zeit im Fernunterricht. Auf dieser Stufe gilt bereits teilweise 3G, in allen Hochschulen ohnehin Maskenpflicht. Ausserdem gibt es an Hochschulen kaum Fälle. Fernunterricht erweist sich nach dem Gesagten als unverhältnismässig.

Bei anderen Aus- und Weiterbildungen (Veranstaltungen drinnen) kommunizierte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation diese Regelung (3G + Maskenpflicht) bereits bisher. Wenn dies nun aber die Alternative für Fernunterricht ist (was konsequenterweise anzuordnen wäre, wenn auch an den Hochschulen auf Fernunterricht umgestellt wird), dann ist es immer noch die bessere Variante.

SH: Aber, Präsenzunterricht mit 2G-Pflicht.

SO: Die 2G-/2G+-Regel ist in diesem Bereich angemessen.

Die Tertiärstufe unterteilt sich in die Tertiärstufe A (Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen) und die Tertiärstufe B (höhere Berufsbildung). Der Kanton Solothurn fordert den Bundesrat auf, die Regelung betreffend die Tertiärstufe B zu klären, insbesondere für die Höheren Fachschulen (HF), die zu den Institutionen der Tertiärstufe gehören, aber keine Hochschulen sind. Die Tertiärstufe B (berufsorientierte Bildung: höhere Fachschulen, höhere Fachprüfungen, Vorbereitungskurse und Berufsprüfungen) muss explizit geklärt werden.

SZ: Mit der Zertifikatspflicht wurden bereits anderweitige Massnahmen getroffen. § 19 muss präzisiert werden.

TG: Nein. In diesem Zusammenhang bitten wir den Bundesrat, die Regelungen in jedem Fall auch in Bezug auf die höhere Berufsbildung (Höhere Fachschulen sowie Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen) zu klären. Beim vorliegenden Verordnungsentwurf ist insbesondere für die Höheren Fachschulen unklar, welche Regelungen gelten, gehören sie doch ebenfalls zu den Institutionen des Tertiärbereichs, sind jedoch keine Hochschulen im Sinne des HFKG.

TI: L'esperienza mostra che il passaggio all'apprendimento a distanza nelle scuole universitarie causa seri problemi agli studenti. Molti di loro hanno già dovuto subire massicce restrizioni nei loro studi negli ultimi due anni. Passare alla formazione a distanza, soprattutto prima delle festività natalizie, avrebbe gravi conseguenze, anche perché l'inizio dell'anno in queste scuole è sinonimo di esami. Allo stato attuale l'Ordinanza nemmeno impone la limitazione dell'accesso a persone con un certificato, ma lascia questa facoltà alle singole istituzioni universitarie (art. 19a): in un'ottica di gradualità andrebbe semmai dapprima compiuto un passo in questa direzione. Altre misure, come il sistema 2G con mascherina facciale obbligatoria, possono in effetti essere integrate nei già severi piani sanitari delle università, delle università professionali e delle alte scuole pedagogiche. In questo modo le scuole terziarie continueranno a contribuire al controllo della pandemia. Chiediamo inoltre ancora una volta di chiarire le disposizioni applicabili alla formazione professionale superiore (scuole specializzate superiori e corsi di preparazione agli esami professionali e agli esami professionali superiori). Dal progetto di revisione in esame non è chiaro quali regole si applichino a questi percorsi formativi, dal momento che gli stessi fanno parte del livello terziario senza essere università ai sensi della legge federale sulla promozione e sul coordinamento del settore universitario svizzero.

UR: Die Erfahrung zeigt, dass die Umstellung des Hochschulbetriebs auf Fernunterricht zu grossen Schwierigkeiten für die Studierenden führen kann. Viele Studierende haben in den vergangenen zwei Jahren bereit massive Einschränkungen in ihrem Studium hinnehmen müssen. Die Umstellung auf Fernunterricht hätte insbesondere vor Weihnachten gravierende Folgen, da Anfang Jahr in den Hochschulen Prüfungen anstehen. Ferner weisen wir darauf hin, dass die Regelungen in Bezug auf die höhere Berufsbildung (Höhere Fachschulen sowie Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen) zu klären sind. Es ist insbesondere für die Höheren Fachschulen unklar, welche Regelungen gelten. Sie gehören ebenfalls zu den Institutionen des Tertiärbereichs, sind jedoch keine Hochschulen im Sinne des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG).

VD: L'art. 19a propose l'interdiction de l'enseignement présentiel dans les institutions du domaine des hautes écoles. L'expérience montre que le passage à l'enseignement à distance dans les hautes écoles entraîne de sérieux problèmes dans les parcours de formation des étudiantes et des étudiants. Un grand nombre d'entre eux ont déjà dû subir des restrictions massives dans leurs études au cours de ces deux dernières années. Passer à l'enseignement à distance tout particulièrement avant Noël aurait de lourdes conséquences car le début de l'année est synonyme d'examens dans les hautes écoles. Le Conseil d'Etat demande instamment au Conseil fédéral de renoncer à la proposition d'interdiction de l'enseignement en présentiel. Dans un souci de cohérence avec les mesures prévues pour les activités culturelles, sportives, de loisirs et autres événements indoor, le Conseil d'Etat considère que d'autres mesures telles que la 2G avec port obligatoire du masque peuvent être intégrées dans les plans sanitaires, au demeurant déjà stricts, des universités, des hautes écoles spécialisées et des hautes écoles pédagogiques. Ainsi, les hautes écoles continueront à contribuer à la maîtrise de la pandémie. Toutefois, il convient de s'assurer que les cours pratiques qui requièrent une présence physique obligatoire (travaux en laboratoires, etc.), les examens sur site et les bibliothèques et archives universitaires restent accessibles à tous les étudiants et étudiantes en tenant compte de la règle de la 3G dans le respect des concepts de protection actuels. L'imposition de la 2G dans les hautes écoles devrait, en outre, s'accompagner par une offre d'enseignement à distance pour les étudiants non-vaccinés sinon cela reviendrait à les priver, de fait, de la capacité à poursuivre leurs études. Une telle solution aurait l'avantage de limiter l'enseignement à distance à un petit nombre d'étudiants et non pas de l'imposer à la totalité d'entre eux.

Par ailleurs, nous demandons au Conseil fédéral de clarifier les dispositions applicables à la formation professionnelle supérieure (écoles supérieures et cours préparatoires aux examens professionnels et aux examens professionnels supérieurs). Dans le projet d'ordonnance, il n'est pas précisé clairement quelles règles s'appliquent en particulier aux écoles supérieures, puisqu'elles font partie des institutions du degré tertiaire sans être des hautes écoles au sens de la LEHE.

VS: Mais il faut absolument maintenir les activités pratiques – par exemple de laboratoire – en fixant des règles strictes. La situation devra être réévaluée avant la rentrée du semestre de printemps.

ZG: Dem Fernunterricht für Universitäten und Fachhochschulen stimmen wir im Grundsatz zu, doch muss es für bestimmte Unterrichtsfächer wie z. B. Musik Ausnahmen geben, da sie im Fernunterricht nicht unterrichtet werden können. Es ist eine Ausnahmeregelung wie im Oktober 2020 anzustreben. Zudem sollte ein Unterricht mit 3G und genereller Maskenpflicht anstelle einer Einschränkung auf 2G möglich sein, da andernfalls viele Studierende vom Studium ausgeschlossen würden. Bei einem reinen Fernunterricht wäre mit Studienabbrüchen oder -unterbrüchen sowie mit Studienverzögerungen zu rechnen.

ZH: Die Corona-Fallzahlen an den Hochschulen sind sehr tief und die Impfquote unter den Studierenden und Mitarbeitenden sehr hoch. Die Schutzkonzepte (Zertifikats- und Maskenpflicht sowie Tests) haben sich bewährt. Teil(schliessungen) des Hochschulbetriebs hätten schwerwiegende Auswirkungen auf die Ausbildungsverläufe und nicht zuletzt auf die psychische Gesundheit vieler Hochschulangehöriger. Im Übrigen sollten unbedingt die Regelungen in Bezug auf die höhere Berufsbildung (Höhere Fachschulen sowie Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen) geklärt werden. In diesen Bereichen soll neu gemäss Covid-19-Verordnung besondere Lage die 2G-Regel eingeführt werden. Dies hätte zur Folge, dass ungeimpfte und nicht genesene Personen von der Teilnahme an den Unterrichtsveranstaltungen vor Ort ausgeschlossen werden müssten, was mit einschneidenden Konsequenzen verbunden wäre. Die Bildungsinstitutionen wären unter Umständen gezwungen, in Ergänzung zu ihrem regulären Unterricht Fernunterrichtsangebote bereitzustellen, was mit erheblichem organisatorischem Aufwand verbunden wäre. Zudem eignet sich der weitgehend praxisorientierte Unterricht auf Stufe der höheren Berufsbildung nur sehr bedingt für die Vermittlung im Fernunterricht. Vor dem Hintergrund des ohnehin bestehenden Fachkräftemangels ist eine weitere Beeinträchtigung des Hochschulbetriebs und der höheren Berufsbildung unbedingt zu vermeiden.

Ist der Kanton mit der obligatorischen Maskenpflicht ab der Sekundarstufe II einverstanden?

AI: Diese Massnahme gilt im Kanton allerdings bereits. Es bedarf keiner Bundeslösung. Der Entscheid ist den Kantonen zu überlassen.

AR: Mit einer obligatorischen Maskenpflicht ab der Sekundarstufe II ist der Regierungsrat einverstanden. Die Kompetenz für diese Massnahme soll aber bei den Kantonen verbleiben. In Appenzell Ausserrhoden ist diese Massnahme seit dem 6. Dezember 2021 in Umsetzung.

BL: Ja (kantonale Hoheit)

BS: Ja, wobei diese Massnahme zu wenig weit geht. Der Kanton Basel-Stadt kennt aufgrund des hohen Infektionsgeschehens mit Delta bereits heute ein Obligatorium ab der 5. Klasse.

FR: Cette mesure est déjà en vigueur dans notre canton et cette compétence doit rester dans la main des cantons, qui peuvent l'adapter à la situation. Nous soulignons par ailleurs le fait que l'enseignement largement axé sur la pratique au niveau de la formation professionnelle supérieure n'est que très difficilement adapté à l'enseignement à distance.

GE: Oui, déjà effectif à Genève.

GR: Ja, die obligatorische Maskentragpflicht ab der Sekundarstufe II wird im Kanton Graubünden bereits umgesetzt.

JU: Cette mesure est déjà appliquée sur le territoire cantonal depuis maintenant plusieurs semaines.

LU: Gilt bereits im Kanton Luzern

NW: Der Kanton Nidwalden kennt für die Sekundarstufe II bereits eine Maskenpflicht. Obwohl es sich hier um einen Regelungsbereich mit kantonaler Hoheit handelt, steht der Kanton Nidwalden im Sinne einer flächendeckenden, schweizweiten Lösung einer diesbezüglichen nationalen Regelung ausnahmsweise offen gegenüber.

OW: Die Einführung muss jedoch schon auf einer tieferen Schulstufe und nicht erst ab der Sekundarstufe II beginnen (sh. nächste Frage).

SH: Diese Massnahme wird im Kanton Schaffhausen bereits umgesetzt.

SO: Die Maskenpflicht ist ein bewährtes Instrument zur Reduktion der Zirkulation des Coronavirus.

SZ: Gilt bereits im Kanton Schwyz und soll in der Hoheit der Kantone bleiben.

TI: Sì, ma non tramite un intervento federale, perché nella pratica tutti i Cantoni applicano già oggi questa misura, mostrando che un intervento federale non serve. Un'eventuale norma federale impedisce poi un abbandono differenziato e federalista del provvedimento. Sul principio, l'efficacia della mascherina anche nel contesto scolastico è comprovata dall'attività di tracciamento dei contatti e di depistaggio mirato in caso di singoli studenti positivi, dove ben raramente emergono focolai e casi ulteriori in numero significativo.

UR: Im Kanton Uri haben die Schulen der Sekundarstufe II bereits freiwillig eine Maskenpflicht eingeführt. Da es sich hier aber um Regelungsbereiche mit kantonaler Hoheit handelt, steht der Kanton Uri einer nationalen Regelung skeptisch gegenüber.

VS: La situation actuelle avec port du masque pour les non-vaccinés fonctionne. Il n'y a eu ni flambées ni augmentation ces trois dernières semaines (successivement 30, 24 et 24 cas pour 7'000 étudiants).

Würde der Kanton die Einführung einer obligatorischen Maskenpflicht auch in tieferen Stufen befürworten?

AG: Der Kanton Aargau sieht ab Schulbeginn im neuen Jahr eine Maskenpflicht ab der 1. Primarschule vor. Ab der 5. Primarschule und in der Sekundarstufe I gilt die Maskenpflicht bereits seit dem 6. Dezember 2021. Der Regierungsrat begrüsst sodann eine schweizweit identische Regelung.

AR: Der Regierungsrat befürwortet eine obligatorische Maskenpflicht ab der Sekundarstufe I. Die Kompetenz für diese Massnahme soll aber bei den Kantonen verbleiben. In Appenzell Ausserrhoden ist diese Massnahme seit dem 6. Dezember 2021 in Umsetzung.

BL: Ja, ab Primarstufe (kantonale Hoheit)

BS: Im Bereich der kulturellen Aktivitäten ist zusätzlich der Bereich der Musikschulen einzubeziehen. So soll eine Aussage zu den Aktivitäten der Musikschulen (bspw. Chor, Ensemble) gemacht werden resp. sind die Musikschulen zumindest in den Erläuterungen einzubeziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Schülerinnen und Schüler von der Primar- bis Sekundarstufe II handelt (über/unter 16 Jahre).

FR: Cette mesure est déjà en vigueur dans le canton pour le secondaire I, et cette compétence doit rester dans la main des cantons.
Au primaire également, mais temporairement à partir d'un cas COVID par classe et ce dès la 5H, soit dès 8 ans.

GE: Oui, déjà en œuvre à partir de la 5e primaire à Genève.

GL: Ein flächendeckendes Obligatorium ist im Bildungsbereich nicht zielführend. Die Kantone haben bisher individuell und regional koordiniert die geeigneten Massnahmen getroffen. Der Bund soll sich auf die Einführung der obligatorischen Maskenpflicht auf Sekundarstufe II beschränken.

GR: Ja, die obligatorische Maskentragpflicht ist bereits kantonsweit ab der 3. Primarklasse eingeführt und gilt bis am 23. Januar 2022.

JU: Le Conseil fédéral devrait toutefois déterminer un âge à partir duquel le port du masque est acceptable. Aujourd'hui, le gouvernement jurassien estime qu'il est fixé aux alentours de 12 ans (limite du port du masque dans les lieux publics).

NE: cette décision doit rester une compétence cantonale. Par ailleurs, dans notre canton, le port du masque est obligatoire à partir de la 9ème Harmos.

SO: Im Kanton Solothurn gilt bereits gegenwärtig eine Maskenpflicht ab der 5. Klasse der Volksschule. Es soll eine bundesrechtliche, schweizweit einheitliche Maskenpflicht ab der Primarschulstufe vorgesehen werden.

SZ: Gilt bereits im Kanton Schwyz und soll in der Hoheit der Kantone bleiben.

TG: Ja. Dieser Entscheid liegt aber im Kompetenzbereich der Kantone (kantonale Schulhoheit).

TI: Sì, ma non tramite un intervento federale, perché nella pratica tutti i Cantoni applicano già oggi questa misura, mostrando che un intervento federale non serve. Un'eventuale norma federale impedisce poi un abbandono differenziato e federalista del provvedimento.

UR: Im Kanton Uri müssen alle Schulen repetitive Tests anbieten - die damit gemachten Erfahrungen sind positiv; darüber hinausgehende Verpflichtungen für die obligatorische Maskentragpflicht lehnen wir ab. Schliesslich sei der Hinweis erlaubt, dass aus den Schulen praktisch keine Hospitalisationen resultieren.

VS: Une généralisation du port du masque dans les degrés inférieurs ne nous semble pas nécessaire. Nous espérons avoir atteint un plafond au secondaire 1 avec une progression modérée des cas. En revanche, les masques sont déjà introduits dans une classe lorsque des cas positifs apparaissent.

ZG: Im Kanton Zug gilt bereits eine grundsätzliche Maskenpflicht ab der Primarschule.

Wenn ja, ab welcher Stufe?

AI: Der Entscheid ist auch hier den Kantonen zu überlassen.

AR: Auf tieferen Stufen ist eine zeitlich beschränkte Maskenpflicht, wenn ein positiver Fall in einer Klasse auftritt, ab der dritten Primarklasse seit dem 6. Dezember 2021 in Umsetzung.

BE: Ja, ab der 5. Klasse der Primarstufe. Der Kanton Bern kennt diese Regelung seit dem 29. November 2021 und prüft zurzeit die Einführung einer obligatorischen Maskenpflicht für alle Primarschulstufen.

BL: Ja, ab Primarstufe (kantonale Hoheit)

BS: Derzeit ab der 5. Klasse, eine Senkung wird aktuell diskutiert in Basel-Stadt.

FR: En cas d'obligation, nous pourrions envisager le masque au primaire, notamment tous les élèves à partir de la 5H (cycle 2). Les enfants concernés doivent être en mesure de mettre et d'enlever le masque de façon autonome.

GE: Oui, déjà en œuvre à partir de la 5e primaire à Genève.

GL: Der Kanton Glarus hat eine Maskenpflicht auf Sekundarstufe 1 eingeführt.

JU: Le Gouvernement estime que le système mis en place dans le Jura alliant port du masque pour le secondaire 1, port du masque lorsqu'un cas apparaît dans une classe en 7 et 8H et tests répétitifs pour les plus petits degrés est un bon compromis entre protection des élèves, lutte contre la transmission du virus et considérations pédagogiques qui ne doivent pas être négligées. Aller au-delà devrait plutôt impliquer une fermeture.

LU: Im Kanton Luzern gilt seit 6. Dezember 2021 Maskenpflicht ab der 1. Primarklasse (ausgenommen Basisstufe)

NW: Im Kanton Nidwalden müssen alle Schulen repetitive Tests anbieten – die damit gemachten Erfahrungen sind positiv; darüberhinausgehende Verpflichtungen für die obligatorische Maskentragpflicht lehnen wir ab. Schliesslich gilt es festzuhalten, dass aus den Schulen praktisch keine Hospitalisationen notwendig sind.

OW: Ab der 5. Klasse der Primarschule

SG: Der Kanton St.Gallen befürwortet die Einführung der schweizweiten Masken-pflicht ab der Sekundarstufe I.

SO: Wir befürworten die Maskenpflicht ab der Primarschule. Verschärfungen für den Volksschulbereich müssen zwingend gleichzeitig im öffentlichen Raum und im Freizeitbereich (sportliche und kulturelle Aktivitäten, wie z.B. Vereinssport) eine Maskenpflicht ab dem Schulalter nach sich ziehen. Virusmutationen betreffen nicht nur die Schule, sondern sämtliche Gesellschaftsbereiche.

TG: Sekundarstufe I. Dieser Entscheid liegt aber im Kompetenzbereich der Kantone (kantonale Schulhoheit).

TI: Gli inconvenienti possono essere tanto più marcati quanto più si abbassa l'età, ma comunque ben inferiori all'opzione di dover rinunciare alla scuola in presenza.

Di principio l'obbligo potrebbe valere a partire dal livello secondario I, anche per un sostanziale parallelismo con il limite d'età dei 12 anni valevole per l'obbligo della mascherina nel contesto di attività, strutture e manifestazioni al chiuso.

Vista la criticità dell'attuale situazione pandemica e le numerose quarantene di classe che ne derivano, in Ticino è stato recentemente deciso di introdurre l'obbligo anche per le quarte e quinte elementari fino alle festività.

VD: Pour l'école primaire :

- oui uniquement dès 12 ans.

- pour les plus jeunes, les cantons doivent pouvoir conserver une marge de manœuvre qui pourrait, selon les situations, les amener à rendre le port du masque obligatoire dès la 7e année (10 et 11 ans), voire à en décider selon les indications données par le système de veille active, y compris pour de plus jeunes enfants si nécessaire (dès la 5e année soit dès 8 ans)

ZG: Die Maskenpflicht in Schulen sollte landesweit bereits ab der Primarstufe eingeführt werden, da derzeit viele Schulkinder ihre Familien anstecken.

ZH: Mit Änderung vom 24. November 2021 der Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Bildungsbereich (V Covid-19 Bildungsbereich, LS 818.14) wurde im Kanton Zürich per 1. Dezember 2021 eine generelle Maskentragpflicht für Schülerinnen und Schüler ab der 4. Klasse eingeführt. Ab dem 3. Januar 2022 wird diese Maskentragpflicht auch auf alle Schülerinnen und Schüler der 1. bis 3. Klasse der Primarstufe ausgeweitet. Diese Massnahme ist einstweilen bis zum 24. Januar 2022 befristet.

Befürwortet der Kanton die Home-Office-Pflicht?

AI: Eine Home-Office-Pflicht lässt sich in der Praxis kaum kontrollieren. Zudem werden am Arbeitsplatz bereits heute grösstenteils effektive Schutzkonzepte umgesetzt. Daher könnte es bei einer dringenden Empfehlung bleiben. Es ist jedoch wichtig, auch für den Arbeitsplatz eine Verschärfung zu beschliessen, um die Zahl der physischen Kontakte zu reduzieren.

AG: Die Homeoffice-Pflicht wird zu einer Einschränkung der Mobilität führen, was aktuell äusserst wichtig ist. Die Homeoffice-Pflicht ist sodann ein deutliches Signal, im Wissen darum, dass die Betriebe und Unternehmen im Kanton Aargau bewiesen haben, dass sie in der Lage sind, massgeschneiderte und der jeweiligen Situation angepasste Schutzkonzepte, inklusive Homeoffice-Regelung, umzusetzen.

Der Regierungsrat begrüsst, dass weiterhin Ausnahmen von der Homeoffice-Pflicht möglich sind, wenn diese aufgrund der Art der Aktivität nicht umsetzbar ist – wie zum Beispiel im Bereich der geschützten Arbeitsplätze.

AR: Ja. Die Home-Office-Pflicht wird begrüsst, jedoch nur für ungeimpfte Personen. Geimpften und/oder Genesenen soll die Arbeit vor Ort ermöglicht werden unter Einhaltung zusätzlicher Schutzmassnahmen, wie z.B. eine Person pro Raum, Maskentragpflicht bei mehreren Personen pro Raum.

BE: Betreffend Massnahmen in der Arbeitswelt ist am Status Quo (dringliche Homeoffice-Empfehlung und Maskenpflicht, wenn sich mehr als eine Person im Raum aufhält) festzuhalten.

BL: Aktuell ist diese Massnahme nicht zu ergreifen, allenfalls als Eventualplanung.

BS: Ja. Denn die blosser Empfehlung ist gegenwärtig nicht genügend wirksam. Mit einer Home-Office-Pflicht können Kontakte bei und ausserhalb der Arbeit reduziert werden.

FR: Le port du masque à l'intérieur est suffisant. Plutôt que de partir sur une logique de télétravail obligatoire, la possibilité d'un télétravail fortement encouragé est à privilégier.

GE: Oui, jusqu'à la mi-janvier 2022. A reconsidérer dès mi-janvier 2022.

GL: Eine Home-Office-Empfehlung ist ausreichend.

GR: Grundsätzlich ja, allerdings ist damit zu rechnen, dass viele Arbeitgeber die Homeoffice-Pflicht nicht entsprechend umsetzen werden. In diesem Zusammenhang gestaltet sich die Kontrolle äusserst schwierig. Im Übrigen stellen sich diverse arbeitsrechtliche Fragen bezüglich der Entschädigung derjenigen Mitarbeitenden, welche zwangsweise ins Homeoffice geschickt werden.

JU: La question de la proportionnalité de l'effort à mettre en place du côté des entreprises pour instaurer le télétravail doit cependant être pris en compte.

LU: Ja, soweit das betrieblich möglich ist, insbesondere auch um den ÖV zu entlasten.

NE: pour une durée limitée au 15 janvier 2022. Ensuite, des assouplissements seront nécessaires pour éviter de trop fortes contraintes sur l'activité économique.

NW: Wir sprechen uns für eine dringende Empfehlung wie bisher bestehend aus.

OW: Ja zu einer Home-Office-Pflicht für nicht immunisierte Personen.

SH: Beibehaltung der aktuellen Regelung.

SO: Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Home-Office-Pflicht aufgrund der reduzierten Mobilität einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der Kontakte innerhalb der Bevölkerung zu leisten vermag und folglich eine geeignete Massnahme zur Eindämmung des Coronavirus darstellt. Es wäre denn auch kaum erklärbar, weshalb im Arbeitsbereich weiterhin lediglich eine Home-Office-Empfehlung gelten soll, wenn gleichzeitig flächendeckende Einschränkungen in den anderen Bereichen eingeführt werden.

SZ: Eine dringliche Home-Office-Empfehlung genügt.

TI: Ci siamo sempre dichiarati contrari all'enunciazione di un obbligo, anche già durante l'inverno scorso quando non erano ancora disponibili le vaccinazioni. Risulta un'enunciazione di principio declamatoria e fuorviante, dato che l'obbligo non può essere assoluto, ma va relativizzato in funzione della natura dell'attività e della praticabilità senza oneri sproporzionati. La raccomandazione al telelavoro, in vigore da tempo ed attuata in maniera conseguente nelle aziende, raggiunge effetti analoghi.

UR: Sollten sich nationale Verschärfungen in der skizzierten Form als notwendig erweisen, befürworten wir aus Gründen der Kohärenz zu den anderen Massnahmen eine Home-Office-Pflicht.

VD: Le CE demande au CF d'analyser la possibilité d'exempter de cette obligation les personnes qui peuvent présenter un certificat covid 2G. Si cette solution ne devait pas être possible, d'édicter en concertation avec les partenaires sociaux des critères qui permettent néanmoins aux salariés d'être présents au moins une fois par semaine sur site en demandant aux entreprises de veiller à ce que l'organisation du travail ne concentre pas l'entier des salariés sur les mêmes jours. Nous observons en effet que le télétravail à plein temps est synonyme de détresse psychologique pour de nombreuses personnes. Par ailleurs comme lors des précédentes phases de télétravail obligatoire, des règles claires doivent permettre aux entreprises de déterminer quelles sont les activités qui ne peuvent pas se réaliser à distance et nécessitent de fait la présence de collaborateurs et collaboratrices sur site.

VS: Comme le télétravail a par le passé démontré sa capacité à fortement contenir voire réduire toute aggravation de la situation épidémiologique, nous sommes favorables à l'obligation du télétravail partout où celui-ci est raisonnablement possible.

Ist der Kanton mit den Einschränkungen für nicht immunisierte Personen bei privaten Treffen im Innenbereich einverstanden?

AG: Ja, als dringende Empfehlung. Eine wirksame Kontrolle und eine Durchsetzung im privaten Bereich ist für die Kontrollorgane kaum realistisch.

AI: Die Ständekommission anerkennt, dass man auch im privaten Bereich etwas machen muss. Sie könnte sich allerdings auch eine Limitierung der Gruppengrösse vorstellen, beispielsweise auf 10 Personen. Mit dieser Lösung könnte man auf eine Ungleichbehandlung von Geimpften und Ungeimpften verzichten und den Besuch zweier Familien ermöglichen. Eine solche Regelung wäre deutlich einfacher handhab- und kontrollierbar als der vom Bundesrat unterbreitete Vorschlag.

AR: Ja. Mit dieser Massnahme kann das Bewusstsein aller Personen hochgehalten werden, um das Virus frühzeitig einzudämmen und eine mögliche Verbreitung zu verlangsamen. Weiter kann auch die Notwendigkeit der Impfung hervorgehoben werden.

BE: Nein, die Einhaltung dieser Massnahme ist nicht kontrollierbar. Zudem würden so Spaltungen innerhalb von Familien weiter vertieft. Alternativ ist eine tiefere Personenbegrenzung, 10 - 15 Personen für Treffen drinnen, umzusetzen.

BL: Nein. Abgesehen vom staatlichen Eingriff sähen sich die kantonalen Behörden auch ausserstande, eine derartige Bestimmung durchzusetzen.

BS: Ja, aber nur als Empfehlung.

FR: Mais le canton pourrait se rallier à un plafond de 10 personnes dans le cadre privé lorsqu'il y a une personne non-immunisée. La question des enfants doit être réglée (les enfants de moins de 16 ans ne comptent pas dans les personnes non-immunisées).

GE: Non, il est préconisé de recommander le certificat jusqu'à 10 personnes puis de l'exiger, avec une limite maximale de 30 personnes à l'intérieur et de 50 à l'extérieur.

GL: Die Personengrenze sollte jedoch bei 10 Personen liegen. Zudem wäre zu prüfen, ob die Personengrenze nur dann gelten sollte, wenn Personen ab einem näher zu

bestimmenden Alter anwesend sind (Schutz besonders gefährdeter Personengruppen). Wir haben jedoch Bedenken hinsichtlich des Vollzugs dieser Massnahme.

GR: Ja, da sich die meisten Personen im familiären Umfeld anstecken, stellt dies grundsätzlich die zielführendste Massnahme dar. Allerdings dürfte die Kontrolle der Einhaltung der entsprechenden Massnahmen erfahrungsgemäss nur schwierig umzusetzen sein.

JU: Le canton du Jura applique déjà une limitation à 10 personnes dès qu'une d'entre elles ne dispose pas d'un certificat. La limitation à 5 personnes nous semble très restrictive durant les périodes de fin d'année. Cette disposition sera impossible à contrôler pour les cantons sera certainement détournée durant les fêtes, comme ce fût le cas en 2020.

LU: dringende Empfehlung!

Wir beantragen eine generelle Empfehlung nicht nur für nicht immunisierte Personen, sondern für alle.

NE: les autorités politiques ne peuvent imposer une discrimination entre vaccinés et non vaccinés au sein de la sphère privée. Nous privilégions la mesure mise en œuvre dans notre canton, à savoir une limitation à 10 personnes, qu'elles soient vaccinées, guéries ou non ; cette disposition ne stigmatise pas les personnes non vaccinées, comme le fait la proposition fédérale. Il s'agirait en outre de limiter cette mesure à une période restreinte de quatre semaines.

NW: Solche verpflichtenden Einschränkungen sind weder zielführend noch kontrollierbar. Die Schweizer Bevölkerung hat die bisherigen Massnahmen in der überwiegenden Mehrheit stets mitgetragen und verantwortungsbewusst umgesetzt. Es ist wichtig, dabei an den Gemeinsinn zu appellieren, weitergehende gesellschaftliche Spaltungen möglichst zu vermeiden und die Eigenverantwortung in den Vordergrund zu stellen. Wir unterstützen jedoch dementsprechende «dringende Aufrufe» (z. B. für das sicherheitshalbe Testen im Vorfeld von privaten Zusammenkünften).

SG: Grundsätzlich ist diese Massnahme zu befürworten, sie sollte aber als dringliche Empfehlung (nicht als rechtsverbindliche Verpflichtung) ausgestaltet werden.

SH: Nur Empfehlung, nicht Pflicht.

SO: Auch wenn wir staatlichen Eingriffen im privaten Sektor grundsätzlich kritisch gegenüberstehen, kann durch die betreffende Massnahme verhindert werden, dass Treffen und Aktivitäten vom öffentlichen in den privaten Bereich verlagert werden und die anderweitigen, den öffentlichen Bereich betreffenden Massnahmen nicht die beabsichtigte Wirkung erzielen können.

SZ: Eine Pflicht ist nicht kontrollierbar und durchsetzbar. Wir beantragen deshalb eine Empfehlung.

TI: Come rilevato in occasione dell'ultima consultazione, quando è stato proposto l'abbassamento della soglia da 30 a 10 persone (per eventi con obbligo di certificato, quindi anche con test negativo) l'accertamento di eventuali violazioni, che richiederebbe di accedere a domicili privati, non risulta controllabile né proporzionato. Come avevamo auspicato, la limitazione dell'accesso alle persone con un certificato è quindi stata espressa sotto forma di raccomandazione (art. 15 cpv. 3). A maggior ragione questa disposizione deve rimanere invariata, con il passaggio dal concetto 3G a quello 2G.

Per di più, in vista delle imminenti festività, la limitazione a cinque persone se una di loro non è né vaccinata né guarita è suscettibile di acuire le tensioni sociali tra vaccinati e non vaccinati, trasponendole anche nella sfera familiare ristretta. Risulta anche in quest'ottica a nostro avviso eccessiva.

UR: Solche verpflichtenden Einschränkungen sind «unschweizerisch» und nicht kontrollierbar. Die Schweizer Bevölkerung hat die bisherigen Massnahmen in der überwiegenden Mehrheit stets mitgetragen und verantwortungsbewusst umgesetzt. Es ist wichtig, dabei an den Gemeinsinn zu appellieren, gesellschaftliche Spaltungen weitest möglich zu vermeiden und die Eigenverantwortung in den Vordergrund zu stellen. Wir unterstützen dementsprechende «dringende Aufrufe und Empfehlungen» (z. B. für das sicherheitshalbe Testen im Vorfeld von privaten Zusammenkünften).

VD: Mais la mesure proposée risque de mettre à mal la cohésion sociale. Nous proposons dès lors :

- qu'en-dessous de 10 personnes, il n'y ait pas de contrainte;
- de 11 à 30 en intérieur et 50 en extérieur: certificat 3G;
- en-dessus interdiction des manifestations privées.

VS: En effet, nous préférons limiter les manifestations privées qui se déroulent à l'intérieur d'installations ou d'établissements non accessibles au public à 10 personnes de plus de 16 ans, sauf si tous les participants de plus de 16 ans disposent d'un certificat COVID. Cette règle est d'ores et déjà en vigueur dans notre canton. Nous avons pris bonne note que les enfants de moins de 16 ans sont compris dans le calcul du nombre de personnes mais en revanche ils ne sont pas considérés comme non vaccinés.

ZH: Der Kanton Zürich hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach dafür ausgesprochen, dass nur Massnahmen beschlossen werden sollen, die auch umgesetzt und vollzogen werden können. Dies ist bei der vorliegenden Massnahme nicht möglich.

3. Fragen zur Variante 1: Umfassende 2G-Regel

Ist der Kanton mit der 2G-Regel für Bereiche mit Möglichkeit für eine Masken- und/oder Sitzpflicht einverstanden?

AG: Unklar ist der Begriff der "wirksamen Lüftung" (Art. 12 Abs. 1 Bst. a, Art. 20 Abs. 2b). Hier wären Klärungen im Begleitdokument erwünscht.

AR: Ja. Die Umsetzung der 2G-Regel bedeutet zwar für die betroffenen Betriebe aus der Gastronomie- und Hotelbranche eine weitere Einschränkung, ermöglicht es aber weiterhin die Betriebe offen zu halten und Erträge zu generieren.

Ergänzend zu den weiteren Einschränkungen muss aber auch ein neues Härtefallprogramm (HFP2.0) auf Bundesebene mit nationalen Regeln in Kraft treten. Appenzell Ausserrhoden erwartet die Einführung des neuen Unterstützungsprogrammes rückwirkend auf den 13. September 2021 (3G-Regel in Kraft), nachdem das erste Programm per Ende Juni 2021 ausgelaufen ist. Basis für eine finanzielle Unterstützung sind die ungedeckten Fixkosten in Abhängigkeit des Umsatzrückgangs. Eine Beurteilung muss erfolgen unabhängig von der Tatsache, ob der Betrieb in der ersten Periode als Härtefall qualifiziert wurde oder nicht. Der Bund ist aufzufordern, die Branchen festzulegen, welche Anspruch auf eine Entschädigung im HFP2.0 haben.

BL: Ja, als Eventualplanung

BS: Ja. Die Einführung dieser Massnahme führt zu einer weiteren Reduktion des Ansteckungsrisikos und vor allem auch der Krankheitslast.

FR: Oui en général, mais tout en maintenant les écoles sous un régime particulier. Les élèves âgés de plus de 16 ans doivent pouvoir accéder à des activités culturelles ou sportives particulières du programme scolaire et ils doivent avoir accès aux mensas de ces écoles.

Oui, mais pour autant, la prolongation des cas de rigueur doit permettre d'indemniser les pertes de chiffres d'affaires qui en résulterait et non uniquement en cas de fermeture imposée.

GE: En cas de durcissement des mesures, une fermeture avec indemnisation est préférable à la règle 2G+

GL: Es soll, wenn immer möglich, die 3G-Regel mit Masken- und/oder Sitzpflicht beibehalten werden.

GR: Ja, wobei mit 2G keine Maskenpflicht vorgesehen werden soll.

NW: Dies dürfte in der aktuellen Situation leider unumgänglich geworden sein, damit der aktuelle Trend gebrochen werden kann und sich die Situation in den Spitälern nicht noch weiter verschlimmert.

SG: Im Gastrobereich ist dieser Vorschlag zu befürworten. Ausnahmen betreffend sportliche und kulturelle Aktivitäten müssen jedoch weiterhin möglich sein. In den Bereichen, in denen die Regelung zu einer faktischen Schliessung führt, sind Härtefallregelungen vorzusehen.

SO: Dadurch lässt sich das Risiko, dass nicht immunisierte Personen, welche sich schneller mit dem Coronavirus anstecken und überdies potenziell schwer erkranken, infizieren, wesentlich reduzieren.

TI: Considerate le evidenze scientifiche sulla maggior probabilità di contrarre e diffondere il virus da parte delle persone non vaccinate, così come di avere decorsi gravi con necessità di ospedalizzazione, e tenuto conto anche dell'affidabilità solo relativa dei test antigenici rapidi nelle persone asintomatiche, questo passaggio, già compiuto in tanti altri Paesi, risulta ad un certo punto inevitabile in un'ottica di gradualità delle misure, per cercare di scongiurare chiusure generalizzate.

Deploriamo però che fino a poche settimane fa questa prevedibile opzione era stata recisamente esclusa dalle autorità federali. Simili cambiamenti di approccio risultano disorientanti e difficilmente comprensibili per la popolazione. Riteniamo inoltre che la prima codifica del concetto 2G, intervenuta a discrezione di gestori di locali e organizzatori di manifestazioni con le decisioni governative del 3 dicembre, avrebbe dovuto essere preliminarmente prospettata in sede di consultazione.

Osserviamo altresì che l'estensione del sistema 2G di fatto riduce la portata e l'interesse della decisione adottata dalle Camere federali nell'ambito della revisione della legge COVID-19 di ripristinare la gratuità dei test antigenici rapidi in maniera estesa anche per le persone asintomatiche che desiderano il certificato.

VS: Toute mesure qui permet de maintenir les établissements ouverts avec des contraintes encore relativement acceptables nous paraît judicieuse. La 2G en fait partie, selon nous.

Ist der Kanton einverstanden, dass für Restaurants die 2G-Regel anstelle der 2G-plus-Regel gelten soll?

AI: Der Mindestabstand von 1.5 Meter zwischen den Gästegruppen muss gegeben sein.

AR: Ja. Eine Umsetzung der 2G-Regel bedeutet für die Restaurants zwar eine Einschränkung gegenüber dem heutigen System, ist aber gut umsetzbar. Jedoch sind die Sitzpflicht, wie auch die Maskenpflicht bei der 2G-Regel aufzuheben. Mit der 2G-Regel sollen zudem den Geimpften und Genesenen klare Vorteile zugesprochen werden. Die 2G-plus-Regel bedeutet einen unnötigen Mehraufwand für die Betriebe. Zudem werden damit auch die Geimpften und die Genesenen eingeschränkt, was die Motivation für eine Impfung schmälert. Zudem ist die Überprüfung der 2G-plus-Regel schwierig und bedeutet für die zuständigen kantonalen Amtsstellen (Arbeitsinspektorate) einen deutlichen Mehraufwand.

FR: Le canton soutient la règle des 2 G.

Au cas où la question était mal posée, et soutiendrait la règle des 2G plus, la réponse du canton serait « Non ».

GE: En cas de durcissement des mesures, une fermeture avec indemnisation est préférable à la règle 2G+

GR: Ja, es soll lediglich die 2G-Regel gelten.

JU: Dans les restaurants, si les clients consomment à table la règle de la 2G est suffisante.

LU: Für eine 2G-plus-Regel würden allein schon die Testkapazitäten nicht reichen und die Regel käme faktisch einer Schliessung der Gastrobetriebe gleich.

NW: Wir fordern, dass die Gastronomiebetriebe von der Verschärfung ausgenommen werden und hier die 3G-plus-Regel (mit Maske; ausser am Tisch) gilt. Neben gesellschaftlichen Gründen (gerade in der Weihnachtszeit erfüllen Restaurants hier wichtige soziale Funktionen) und dem Hinweis auf wirtschaftliche Überlegungen weisen wir insbesondere auf folgende Aspekte hin, die in der Vergangenheit Schwierigkeiten bereitet haben und – für den Fall, dass die Gastronomiebetriebe nicht vor der Verschärfung ausgenommen werden – wieder tun werden:

- Pisten-Restaurants
- Pausen-Restaurants (sogenannte Arbeiterbeizen)
- Abgrenzung des Restaurantbereichs in den Hotels

SG: Weiterhin Maskenpflicht ausserhalb des Konsumationstischs, zwischen den Tischen 1,5 Meter Abstand, höchstens sechs Personen (mehr Personen möglich, falls aus gleichem Haushalt) am gleichen Tisch.

TI: Rispetto alla situazione attuale i ristoranti conosceranno già l'inasprimento dal sistema 3G a quello 2G. Con il vigente obbligo della mascherina ad eccezione di quando si è seduti al tavolo (art. 6 cpv. 2 lett. g) e l'obbligo di stare seduti (art. 12 cpv. 1 lett. a) riteniamo le misure di protezione sufficienti e il distanziamento interpersonale garantito, salvo con le persone allo stesso tavolo.

Riteniamo però che l'attuale regolamentazione, con il 2G a discrezione del gestore e in tal caso senza mascherina né obbligo di consumare seduti, sia foriero di confusione e incertezza nella popolazione ed insoddisfacente dal profilo epidemiologico, dato che l'uso della mascherina dovrebbe essere generalizzato. Del resto parecchi Cantoni hanno

confermato l'obbligo della mascherina anche in caso di restrizione d'accesso alle persone vaccinate o guarite. Alla stessa stregua siamo contrari ad un sistema 2G plus su base volontaria e con il test a sostituire la mascherina.

UR: Weder noch! Wir fordern, dass die Gastrobetriebe von der Verschärfung ausgenommen werden und hier die 3G-Regel gelten soll. Neben gesellschaftlichen Gründen (gerade in der Weihnachtszeit erfüllen Restaurants hier wichtige Funktionen) und dem Hinweis auf wirtschaftliche Überlegungen weisen wir insbesondere auf folgende Aspekte hin, die in der Vergangenheit Schwierigkeiten bereitet haben und - für den Fall, dass die Gastrobetriebe nicht vor der Verschärfung ausgenommen werden - wieder tun werden:

- Pistenrestaurants
- Pausenrestaurants (sogenannte Arbeiterbeizen)
- Abgrenzung des Restaurantbereichs in den Hotels

VS: La règle des 2G combinée avec le port du masque est suffisante.

ZG: Für Betriebskantinen und Angebote zur Verpflegung von Personen im Ausseneinsatz sollte jedoch weiterhin auch 3G mit Masken- und Sitzpflicht möglich sein.

Ist der Kanton mit der 2G-plus-Regel für Bereiche ohne Möglichkeit für eine Masken- und Sitzpflicht einverstanden?

AG: Ja, mit Ausnahme der Hallen- und Thermalbäder. Der Weiterbetrieb der Hallen- und Thermalbäder ist für die Bevölkerung aus Sicht der Gesundheitsprävention wertvoll. Der Regierungsrat plädiert bei den Hallen- und Thermalbädern daher für die Anwendung der 2G-Regel mit Maskenpflicht bis und mit Garderobe und den Verzicht auf eine Maskenpflicht in den Nassbereichen beziehungsweise in der Sauna. Der Regierungsrat bittet den Bundesrat um Erläuterungen zum Status von Musikschulen (beispielsweise Chor, Ensemble) von der Primarschule bis zur Sekundarstufe II.

AI: Eine 2G-plus-Regel scheint nicht umsetzbar. Damit die Anzahl Kontakte effektiv reduziert werden können, sollen diese Bereiche (Discos, sportliche und kulturelle Aktivitäten ohne Maske im Laienbereich) für eine befristete Zeit geschlossen werden.

AR: Nein – im Fokus soll die 2G-Regel stehen. Die Einschränkungen durch eine Masken- und Sitzpflicht sollen auch bei 2G nicht gelten.

BE: Nein, verbindliche Vorgaben, die 2G-plus-Regel umzusetzen, werden abgelehnt. Für Hallenbäder soll weiter die 2G-Regel gelten. Zudem ist zu beachten, dass Genesene und Geimpfte das Gesundheitssystem auch bei einer Covid-19-Infektion weniger stark belasten als Ungeimpfte und auch sehr selten eine intensivmedizinische Behandlung benötigen. In Bezug auf den Schutz des Gesundheitssystems werden daher die 2G-Regel mit Maskenpflicht und die 2G-plus-Regel als gleichwertig erachtet.

Für Kultur-, Sport- und Freizeitbetriebe und Veranstaltungen drinnen soll 2G oder 2G und Maskenpflicht umgesetzt werden. Für Discos, Hallenbäder und Fitnesscenter sowie Bars soll ausschliesslich 2G gefordert werden, wobei in den Bars die Kontaktdatenerhebung, analog zu den Diskotheken, eingeführt werden könnte.

2G mit Testpflicht würde von vielen Menschen als Eingeständnis des Scheiterns der Impfkampagne wahrgenommen und faktisch einer Schliessung der betroffenen Betriebe gleichkommen. Entsprechend wäre es – falls die Massnahmen unausweichlich sind – ehrlicher, eine Schliessung vorzunehmen und die Betriebe zu entschädigen.

BS: Ja. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Ausübung vieler sportlicher und kultureller Aktivitäten in Innenräumen im Laienbereich auch mit Maske möglich ist. Das

betrifft beispielsweise technische Sportarten oder Chorsingen. Es bräuchte hierzu also klare Regelungen, welche Aktivitäten als solche gelten, die mit Maske explizit nicht möglich sind und entsprechend von einer Schliessung/einem Verbot betroffen wären. Es wäre noch zu klären, ob Personen mit einer dritten Impfung (Booster) von einer Testpflicht bei einer 2G-plus-Regel befreit wären.

FR: La capacité en tests (matériel, ressource en personnel, réactif, etc.) est de toute manière insuffisante pour mettre en œuvre une telle mesure.
Il est également important de prolonger les cas de rigueur.

GE: Non, lorsqu'il n'est pas possible d'imposer le port du masque ou la consommation assise, il est proposé :

- a) soit 2G et traçage obligatoire
- b) soit fermeture et indemnisation

GL: Es soll, wenn immer möglich, die 3G-Regel beibehalten werden, allenfalls mit zusätzlichen Einschränkungen zum Schutz besonders gefährdeter Personengruppen. Zudem ist aus unserer Sicht die 2G-plus-Regel unverhältnismässig.

GR: Nein, es soll lediglich eine 2G-Regel ohne zusätzliche Masken- bzw. Testpflicht gelten.

JU: Le Gouvernement jurassien estime que la mise en place de la 2G plus dans un nombre important de secteurs n'est pas applicable dans la réalité. Il est extrêmement difficile d'imaginer des personnes réaliser des tests réguliers pour se rendre au fitness ou dans leur club de sport par exemple. Le Gouvernement se permet de faire une proposition alternative ci-dessous dans la question « choix de la variante »

LU: Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die geforderten Tests bei Geimpften und insbesondere «Geboosterten» für grosses Unverständnis sorgen werden, da sie ihrer Meinung nach ihren Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie geleistet haben und deren Bereitschaft für regelmässige Tests kaum mehr gegeben ist. Es besteht auch ein grosses Risiko, dass Freizeitaktivitäten, die einen Test erfordern, in der kalten Jahreszeit in den privaten Rahmen verlegt und so ohne Einschränkungen für nicht immunisierte Personen durchgeführt werden.

Die Einführung einer 2G-plus-Regel in diesen Branchen führt zudem zu empfindlichen Einbussen, ohne dass behördliche Entschädigungen zur Verfügung gestellt werden, wie dies wohl bei einer Schliessung der Fall wäre.

Die Bereiche ohne Möglichkeit für eine Masken- und Sitzpflicht müssen deshalb genau und mit den obigen Überlegungen zurückhaltend definiert werden. Fitnesszentren z.B. sollen nicht dazu gehören, weil auch dies faktisch einer Schliessung gleich käme.

NE: le canton de Neuchâtel ne soutient pas la règles des 2G+, qui n'est pas acceptable pour les personnes vaccinées et revient surtout à une quasi fermeture pour les établissements concernés. Nous suggérons un régime 2G avec traçage là où le port du masque n'est pas possible. Et à défaut, des fermetures pures et simples.

Nous saisissons l'occasion de souligner l'absolue nécessité d'accompagner les mesures restreignant l'activité économique de mesures de soutien, sous peine de voir les acteurs concernés connaître des difficultés insurmontables.

NW: Die Geimpften/Genesenen werden zu stark eingeschränkt, obwohl unbestritten ist, dass diese Gruppen auch im Falle von Infektionen kaum schwere Verläufe erleiden und Spitalpflege in Anspruch nehmen müssen. Sie belasten also das Gesundheitssystem verhältnismässig wenig.

Es ist nachvollziehbar, dass z. B. der Zugang zu Fitnesscentern oder Kinos auf 2G-Personen beschränkt wird. Dass diese dann aber sich zusätzlich noch testen lassen müssten, um ohne Maske und Sitzplatzpflicht (im Sport?) Zugang zu erhalten, bedeutet eine Einschränkung für die falsche Gruppe. In den Sportstadien mit grösserem Stehplatzangebot müssten sich alle 2G-Personen (nur sie haben ja Zutritt) zusätzlich noch testen lassen. Das ist sachlich nicht nachvollziehbar und gesellschaftlich/politisch heikel. Auf diese Weise besteht die grosse Gefahr, dass die Politik 2G-Personen «verliert» und zu Massnahmengegnern macht – davor warnen wir ausdrücklich!

SG: Es wäre ehrlicher, eine Teilschliessung zu verfügen. In den Bereichen, in denen eine faktische Schliessung erfolgt, sind Härtefallregelungen vorzusehen.

SO: Durch diese Massnahme wird gewährleistet, dass keine stark infektiösen Personen an einer Veranstaltung mit einer erhöhten Durchmischung der Gäste, an welcher keine Masken- und Sitzpflicht gilt, teilnehmen.

TG: Nein. Dies käme faktisch der Variante 2 (Teilschliessungen) gleich.

TI: No, nel senso che la regola 2G plus non deve essere applicabile a discrezione come misura alternativa all'obbligo della mascherina e nemmeno deve essere pretesa indistintamente in tutte le strutture menzionate nella tabella riassuntiva allegata alla documentazione della conferenza stampa, ovvero discoteche, piscine coperte o palestre. L'obbligo del test in aggiunta al certificato di vaccinazione o guarigione dovrebbe entrare in linea di conto solo nei contesti in cui non è oggettivamente possibile indossare la mascherina e mantenere le distanze, come nell'esercizio di sport di squadra che prevedono contatti fisici.

Per le attività sportive e culturali a livello amatoriale in cui non è possibile indossare la mascherina, possono tra l'altro essere valutate anche altre limitazioni già conosciute in passato, come la sospensione delle competizioni, che generano contatti accresciuti e tra persone sempre diverse.

Questa applicazione restrittiva della regola 2G plus evita pure di mettere indebitamente sotto pressione le capacità di test presenti nei cantoni a scapito della diagnosi tempestiva dei casi positivi.

UR: Die Geimpften/Genesenen werden zu stark eingeschränkt, obwohl unbestritten ist, dass diese Gruppen auch im Falle von Infektionen kaum schwere Verläufe erleiden und Spitalpflege in Anspruch nehmen müssen. Sie belasten also das Gesundheitssystem verhältnismässig wenig.

Es ist nachvollziehbar, dass z. B. der Zugang zu Fitnesscenter oder Kinos auf 2G-Personen beschränkt wird. Dass diese dann aber sich zusätzlich noch testen lassen müssten, um ohne Maske und Sitzplatzpflicht (im Sport?) Zugang zu erhalten, bedeutet eine Einschränkung für die falsche Gruppe. In den Sportstadien mit grösserem Stehplatzangebot müssten sich alle 2G-Personen (nur sie haben ja Zutritt) zusätzlich noch testen lassen. Das ist sachlich nicht nachvollziehbar und gesellschaftlich/politisch gefährlich. Auf diese Weise besteht die grosse Gefahr, dass die Politik 2G-Personen «verliert» und zu Massnahmengegnern macht - davor warnen wir nachdrücklich!

Es ist hier weiter darauf hinzuweisen, dass die 2G-Regel die bereits heute stark belasteten Testkapazitäten zusätzlich beanspruchen würde, was die Gefahr einer Überlastung dieser Kapazitäten erhöhen könnte und damit die bewährten Elemente der nationalen Teststrategie unter Druck gerieten.

VD: Dans ces lieux il doit aussi être possible d'accéder sans test si la personne a reçu une dose de rappel. Le fait d'exiger à des personnes qui ont reçu deux vaccins de devoir se faire tester pour se rendre au fitness, dans une discothèque ou un club de musiques

actuelles par exemple, risque de mettre à mal l'incitation vaccinale et à discréditer l'effet du vaccin.

VS: Mais en n'appliquant pas la 2G+ aux fitness, chorales et fanfares (où la combinaison de la 2G, du traçage et du port du masque pendant les déplacements nous semble suffisante).

Il pourrait être intéressant d'intégrer le booster comme 2G+.

Pour certains secteurs à haut risque (comme les discothèques), nous estimons qu'une fermeture accompagnée d'indemnisations est aussi possible.

ZH: Personen, die bereits eine Auffrischimpfung (Booster) erhalten haben, sollen von der 2G-plus-Regel oder einer allfälligen Maskenpflicht ausgenommen werden.

4. Fragen zur Variante 2: Teilschliessungen

Ist der Kanton mit der 2G-Regel und einer Masken- und Sitzpflicht einverstanden (ohne Konsumation am Sitzplatz)?

AG: Die Verantwortlichen von Kultur-, Sport- und Freizeitbetrieben, wie zum Beispiel Kinobetreiber oder die Organisatoren von Sportanlässen, sind oft auf die Einnahmen aus der Konsumation am Sitzplatz angewiesen. Aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Aargau ist es daher sachgerechter, diese Betriebe mit entsprechender Entschädigung ganz zu schliessen, als ihnen die Konsumation am Sitzplatz zu verbieten.

AI: Eigentlich gehört diese Frage nicht zur Variante der Teilschliessung, sondern zu den Massnahmen, mit denen sich Schliessungen vermeiden lassen.

AR: Nein. Da der Regierungsrat Variante 1 bevorzugt. Bei der Umsetzung 2G-Regel soll keine Masken- und Sitzpflicht bestehen.

BE: Die Veranstalter sollten aber die Möglichkeit erhalten, spezifische Orte zu definieren für die Konsumation von Speisen und Getränken.

GE: Oui, sauf pour les restaurants et bars où il doit être possible d'enlever le masque pour consommer assis, tout en appliquant la règle des 2G.

JU: à la seule exception des restaurants.

LU: Wir favorisieren klar die Variante 1, weil Variante 2 einer faktischen Schliessung von Betrieben gleichkommen würde.

Der Bund soll gleichzeitig klären, ob für entsprechende Betriebe wieder Entschädigungen, möglich sind. Es gilt zu verhindern, dass in den Kantonen unterschiedliche Regelungen erarbeitet werden – dabei ist die bedingte Gewinnbeteiligung zu berücksichtigen.

NE: le canton de Neuchâtel s'exprime en faveur de la variante 1, sous réserve de ses réserves exprimées sur le scénario 2G+ à remplacer par un scénario 2G et traçage. Il ne commente donc pas la variante 2.

OW: Wir lehnen Variante 2 zum jetzigen Zeitpunkt ab.

SO: Die Kombination der 2G-Regel mit der Masken- und Sitzpflicht ist ein wirksames Instrument zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Coronavirus.

TI: No, se non in una fase ulteriore dopo aver debitamente valutato l'insufficienza dei precedenti provvedimenti. Queste restrizioni sarebbero preliminari ad un ritorno agli eventi sportivi e culturali a porte chiuse e comporterebbero concretamente l'impossibilità di

occupare gli spalti delle strutture al chiuso e di consumare al proprio posto durante spettacoli o sulle tribune. La seconda limitazione verrebbe codificata attraverso l'abrogazione dell'eccezione di cui all'art. 6 cpv. 2 lett. h, mentre rileviamo che non ci sembra di ravvisare la base legale proposta per l'attuazione dell'obbligo di stare seduti.

VD: Cette mesure n'est pas réaliste pour les clubs de musiques actuelles et les discothèques et équivaut à une fermeture de ces lieux.

VS: Pour l'instant, nous privilégions la variante 1 qui paraît suffisante. Si la situation devait se péjorer de manière encore plus critique malgré l'application des mesures de la variante 1, alors nous serions favorables à ce que cette mesure soit mise en vigueur au titre d'ultima ratio.

ZH: Vollständige Schliessungen gewisser Bereiche sind unter allen Umständen zu verhindern.

Ist der Kanton mit der Schliessung der Bereiche ohne Möglichkeit einer Maskenpflicht einverstanden?

AR: Nein. Da der Regierungsrat Variante 1 bevorzugt. Eine Schliessung von Bereichen ist zugunsten der 2G-Pflicht abzulehnen.

BE: Nein, in der heutigen Situation lehnt der Regierungsrat eine Schliessung der Bereiche ohne Möglichkeit einer Maskenpflicht ab. Sollte sich die Lage indes stark verschlechtern, würde dies unterstützt.

BS: Nein (mit Vorbehalt). Die Wirkung von Variante 1 und 2 dürften in einer ähnlichen Grössenordnung liegen. Variante 2 ist aber für die Betroffenen einschneidender. Falls in den nächsten Tagen tatsächlich ein Teillockdown nötig werden sollte aufgrund der weiteren Entwicklung in den Spitälern, ist dieser Teillockdown breiter anzusetzen, als hier vorgeschlagen, um genügend wirksam zu sein.

FR: Avec la règle des 2G et si nécessaire une restriction de capacité. Les fermetures sont à éviter d'un point de vue économique.

GE: Non, lorsqu'il n'est pas possible d'imposer le port du masque ou la consommation assise, il est proposé :

- a) soit 2G et traçage obligatoire
- b) soit fermeture et indemnisation

GL: Eine Schliessung bzw. ein Zutrittsverbot sollte das allerletzte Mittel sein. Zu prüfen wäre, eine solche Massnahme differenziert auf den Schutz besonders gefährdeter Personengruppen zuzuschneiden.

GR: Nein, (Teil-)Schliessungen sind zwingend zu vermeiden.

JU: Une fermeture paraît plus réaliste que l'imposition de la 2G plus pour plusieurs secteurs économiques. Une fermeture éventuelle doit être toutefois obligatoirement liée à un soutien financier fédéral pour les secteurs concernés. Le Gouvernement se permet de faire une proposition alternative ci-dessous.

OW: Wir lehnen Variante 2 zum jetzigen Zeitpunkt ab.

SO: Ja, sobald die epidemiologische Lage dies verlangt.

TI: No, se non in una fase ulteriore dopo aver debitamente valutato l'insufficienza dei precedenti provvedimenti ed in ogni caso non in maniera generalizzata. In taluni ambiti i contatti interpersonali e i rischi di contagio sono in effetti superiori ad altri, per cui, come già avvenuto lo scorso anno, le chiusure andrebbero semmai decretate progressivamente, prima per discoteche, centri wellness o attività sportive di contatto e solo successivamente per i ristoranti.

VS: Si ces fermetures sont privilégiées à la 2G+ par les secteurs concernés et qu'elles sont suivies d'indemnisations.

5. Fragen zur Priorisierung der Varianten

Welche Variante soll nach Ansicht des Kantons in einem nächsten Schritt ergriffen werden?

AR: Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden ist der Ansicht, dass für verschärfte Massnahmen Variante 1 ergriffen werden sollte.

BL: Der Regierungsrat befürwortet Variante 1 als Eventualplanung. Mit der Ergreifung weiterer Massnahmen ist der Regierungsrat derzeit nicht einverstanden.

FR: Mais sans la règle des 2G+test, qui n'est pas soutenable économiquement ni compréhensible pour les vaccinés.

GR: Variante 1 soll als "ultima ratio" umgesetzt werden, wobei die 2G-Regel ohne zusätzliche Masken- bzw. Testpflicht für sämtliche vorgesehenen Bereiche genügt.

JU: Le Gouvernement jurassien se permet de proposer une variante intermédiaire. Cette dernière prévoit l'instauration du port du masque et de la 2G dans tous les lieux fermés (exception pour les rencontres privées, comme définie plus haut). Il doit être possible de consommer assis uniquement dans les restaurants. Lorsque le port du masque ou le fait de consommer assis uniquement en restaurant organisé n'est pas possible, comme par exemple pour le sport ou la culture amateur, dans les bars, les discothèques ou les débits de boisson des grands rassemblements sportifs (buvettes des places debout dans les patinoires par exemple), ces activités ou ces lieux doivent être fermés et des aides financières mises en place. Au vu de la circulation du virus observée dans le terrain, il semble également logique de profiter des vacances de Noël pour fermer au niveau national les écoles obligatoires une semaine plus tôt et/ou les rouvrir une semaine plus tard. Plus de 50% des cas observés aujourd'hui sur le territoire cantonal jurassien sont liés aux élèves et à leur famille proche.

NE: le canton de Neuchâtel n'est pas en faveur de la variante 2 telle que présentée, sous réserve d'une forte dégradation de la situation.

NW: Restaurants: 3G-plus-Regel (mit Maske)

SG: Der Kanton St.Gallen bevorzugt die Variante I.

SO: Variante 1. Eine rasche Umsetzung ist dringend erforderlich.

TI: Secondo i principi di gradualità e proporzionalità delle misure andrebbe ovviamente adottata dapprima la variante 1. Riteniamo peraltro che la situazione attuale imponga l'adozione di queste regole già alla prima scadenza utile, cioè in occasione della seduta del Consiglio federale del 17 dicembre prossimo, anche per evitare cambiamenti delle regole proprio durante le festività.

VS: La variante 2 doit rester l'ultima ratio avant le lock down complet que nous avons déjà vécu par le passé et qu'il s'agit d'éviter à tout prix en raison des difficultés qu'il fait peser globalement sur la société.

Weitere Kommentare

AG: Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

AR: – 2G-plus-Regel

Bei der Einführung einer 2G-plus-Regelung bittet der Regierungsrat um eine Klärung, welche Testempfehlungen für Genesene gelten. Laut früheren Empfehlungen ist es möglich, dass bei genesenen Personen das Testergebnis falsch-positiv ist und es unklar ist, ob sie sich reinfiziert hat oder das Resultat von der Genesung der Covid-19-Erkrankung stammt. Aus Sicht von Appenzell Ausserrhoden ist dies ein entscheidender Punkt, der vor der Einführung einer 2G-plus-Regelung präzisiert werden muss.

BE: Grundsätzliche Bemerkung:

Weitergehende Einschränkungen sollten nach Meinung des Regierungsrates insbesondere die Gruppe der ungeimpften Personen betreffen. Er spricht sich daher für Variante 1 aus, wobei er jedoch verbindliche Vorgaben, die 2G-plus-Regel anzuwenden sowie einzelne Verschärfungen in den Basismassnahmen ablehnt. Dies aus folgendem Grund: Die Massnahmen müssen dem Zweck dienen, den Druck auf das Gesundheitssystem zu senken. Da geimpfte Personen auch bei einer Covid-19-Infektion nur sehr selten in IPS hospitalisiert werden müssen, ist es nicht diese Personengruppe, die das Gesundheitssystem gefährdet und damit mit weitergehenden Einschränkungen konfrontiert werden muss.

Die Umsetzung weitergehender Massnahmen ist angemessen, wenn sich die Situation weiter verschlechtern sollte. Vor einer Entscheidung über weitergehende Massnahmen ist daher die aktuelle Entwicklung und insbesondere auch die Ausbreitung der Omikron-Variante zu berücksichtigen. Der Regierungsrat könnte auch Variante 2 unterstützen, wenn sich die Situation in den Spitälern schnell verschlechtert, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Zahl der Hospitalisierungen in den nächsten drei Wochen weiter steigen wird, selbst wenn die Zahl der Fälle sinken sollte.

Der Regierungsrat erachtet es als störend, dass die vorgeschlagenen Einschränkungen in eine Konsultation geschickt werden, ohne dass gleichzeitig aufgezeigt wird, welche flankierenden Massnahmen der Bundesrat zum Ausgleich der wirtschaftlichen Verluste vorsieht. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, umgehend auch eine Anpassung der Härtefallverordnung des Bundes für beide Varianten auszuarbeiten und das entsprechende Konsultationsverfahren zu eröffnen. Nur mit flankierenden Massnahmen und einem substantiellen Anschluss-Härtefallprogramm können grössere wirtschaftliche Schäden abgewendet werden

Der Regierungsrat hat weiter folgende Bemerkungen:

- Es ist davon auszugehen, dass die 2G-plus-Regel die Nachfrage nach Tests erhöhen wird. Es muss sichergestellt werden, dass die Testkapazitäten ausreichend sind.
- Die Ausnahmebestimmung in Art. 16. Abs. 4bis der Covid-19-Verordnung besondere Lage wird ausdrücklich unterstützt. Diese Bestimmung ist insbesondere für die Durchführung der Ski-Weltcuprennen im Januar am Lauberhorn und in Adelboden von Bedeutung.
- Der Regierungsrat regt im Fall einer weiteren Verschärfung der epidemiologischen Lage und in Abhängigkeit der zu erwartenden Erkenntnisse zu Omikron eine Anpassung der Quarantänebestimmungen an: Geimpfte und Genesene, die engen Kontakt zu einer infizierten Person hatten, sollen nicht mehr von der Quarantänepflicht ausgenommen werden sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass beinahe alle Personen, die sich mit der Omikron-Variante infizierten, selbst geimpft waren und dann Geimpfte infizierten

BL: Allgemeine Bemerkungen:

Beide zur Konsultation vorgelegten Varianten sind, wie vom Bundesrat an der Medienkonferenz vom 10. Dezember 2021 ausgeführt, als Eventualplanungen zu verstehen, die er bei dringendem Bedarf (und nur dann) auslösen wird. Dieser ist derzeit in der Nordwestschweiz noch nicht gegeben.

Der dringende Bedarf ist unseres Erachtens hingegen im Bereich der Schulen bereits gegeben. Die Kompetenz für Schulmassnahmen liegt allerdings bei den Kantonen. Der Kanton Basel-Landschaft hat entsprechende Massnahmen ergriffen.

In diesem Zusammenhang fordert der Regierungsrat, im ÖV eine generelle Maskenpflicht ab sechs Jahren einzuführen (ähnliche Regelung wie es die meisten Kantone für die Schulen beschlossen haben).

Wir regen an zu prüfen, ob anstelle einer noch strengeren Handhabung für Gastro-, Kultur- und andere Kleinbetriebe nicht das Augenmerk der Massnahmen auf Grossveranstaltungen gerichtet werden kann. Seitens des Bundesrats müssten Kapazitätsbestimmungen erlassen werden. Das Argument, es seien alle Impfwilligen bereits ausreichend geschützt, stimmt nicht. Aktuell hat erst ein Teil der Bevölkerung eine Boosterimpfung erhalten. Es wird noch ein paar Monate dauern, bis alle Impfwilligen die Boosterimpfung und damit einen mutmasslich ausreichenden Impfschutz erhalten haben. Auf Betriebsschliessungen ist zu verzichten, da nach wie vor unklar ist, ob diese überhaupt einen bemerkbaren Einfluss auf die Belegung der Intensivstationen haben. Offensichtlich sind hingegen die direkten und die indirekten Kollateralschäden solcher nicht evidenzbasierter Einschränkungen.

FR: 1. Le scénario du 2G+tests est absolument contre-productif. Il punit la population vaccinée ou guérie (qui ne sature pas les soins intensifs dans les hôpitaux) sans convaincre les personnes non vaccinées de faire le pas. Il ne répond pas au souci d'éviter une surcharge des soins intensifs.

2. Les remontées mécaniques devraient adopter les mêmes mesures que la saison passée pour les installations fermées (2/3 et masques)

GR: Der Kanton Graubünden hat bereits weitergehende Massnahmen ergriffen, um der Überlastung des Gesundheitssystems vorzubeugen.

Aufgrund der angespannten Lage und im Sinne der Einheitlichkeit begrüßen wir grundsätzlich, dass der Bund weitergehende Massnahmen ergreift, wobei eine differenzierte Betrachtung der Bemühungen der einzelnen Kantone angezeigt ist.

Bezüglich Basismassnahmen ist festzuhalten, dass der Kanton Graubünden bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen hat. So ist beispielsweise die obligatorische Maskentragpflicht ab Sekundarstufe II sowie ab der 3. Primarklasse bereits umgesetzt worden. Betreffend Hochschulen muss gewährleistet werden, dass diejenigen Lehrveranstaltungen, welche zwingend eine physische Anwesenheit erfordern (wie z.B. Laborarbeiten), weiterhin für alle Studierenden zugänglich sind. Des Weiteren muss die Durchführung der Prüfungen unter Einhaltung von entsprechenden Schutzmassnahmen vor Ort möglich sein. Damit die Vorbereitung auf die Prüfungen für die Studierenden sichergestellt ist, müssen auch die Hochschulbibliotheken und Archive etc. unter Einhaltung der entsprechenden Massnahmen verfügbar sein. Die Umstellung auf Fernunterricht hätte insbesondere vor Weihnachten gravierende Folgen, da Anfang Jahr in den Hochschulen Prüfungen anstehen.

Die geplante Einführung der 2G-Varianten vernachlässigt teilweise die bereits getätigten Bemühungen vieler Branchen und Geschäftsbereiche. Der Kanton Graubünden setzt konsequent auf ein bewährtes und in der Bevölkerung gut akzeptiertes Schutzkonzept, unter anderem basierend auf repetitiven Schul- und Betriebstestungen sowie auf der Impfung, inklusive Auffrischimpfungen für alle Personen ab 16 Jahre. Die vorgeschlagenen (Teil-)Schliessungen gemäss Variante 2 sowie die faktischen Schliessungen für gewisse Bereiche im Zusammenhang mit der Variante 1 sind zwingend zu vermeiden. Die erste

Priorität muss nach wie vor beim Impfen liegen, wobei insbesondere auch die Möglichkeit einer frühzeitigen Auffrischimpfung (bspw. nach vier Monaten) rasch angeboten werden muss. Des Weiteren ist die Fortführung bzw. Stärkung der Testprogramme sowie ein Obligatorium für Schultestungen zu prüfen. Im Übrigen gilt es, die Sensibilisierung auf allgemeine Hygienevorschriften sowie regelmässiges Lüften in Innenräumen voranzutreiben. Sollten die von uns vorgeschlagenen Massnahmen aus Sicht des Bundes nicht ausreichen, zieht der Kanton Graubünden Variante 1 als "ultima ratio" vor, wobei eine 2G-Regel ohne zusätzliche Masken- bzw. Testpflicht für sämtliche vorgesehenen Bereiche genügt.

JU: Les mesures proposées par le Conseil fédéral sont pertinentes sur le plan sanitaire. Le Gouvernement jurassien est toutefois d'avis au vu de l'observation pratique du terrain que le système intermédiaire qu'il propose est intéressant. Par ailleurs, les constatations épidémiologiques montrent qu'une action dans les écoles au niveau national aurait un effet important sur la baisse des contaminations. Ces mesures vont toutefois certainement créer des difficultés importantes pour de nombreux secteurs économiques. Un nouveau train de mesures de soutien doit absolument être proposé rapidement par le Conseil fédéral. Ce dernier doit être coordonné et annoncé, au moins sur les principes, en même temps que la mise en œuvre éventuelle des mesures proposées.

NE: Accusé de réception et copie des réponses souhaités.

NW: Es ist nochmals zu prüfen, ob die Booster-Impfung nicht doch schon früher als nach Ablauf von sechs Monaten angeboten werden kann (Empfehlung EKIF).

SH: Bei diesen Antworten handelt es sich um die finale Version der Antwort des Kantons Schaffhausen.

SO: Die epidemiologische Situation rechtfertigt unseres Erachtens eine Ausweitung der Maskenpflicht auf die Aussenbereiche des öffentlichen Verkehrs (öV) sowie eine Maskenpflicht für Kinder ab dem Schulalter im öffentlichen Verkehr. Wir unterstützen deshalb den entsprechenden Antrag, welche die Systemführerinnen und Systemführer öV beim BAG gestellt haben. Auch aus Gründen der Verständlichkeit, Klarheit und Kundenfreundlichkeit sind einheitliche Schutzmassnahmen im öV Schweiz zu bevorzugen. Es sollte ausserdem geprüft werden, ob in den Schweizer Skigebieten – analog zu den Nachbarländern – zusätzliche Massnahmen, wie eine 3G- oder 2G-Regel, einzuführen sind.

Im Bereich der kulturellen Aktivitäten ist zusätzlich der Bereich der Musikschulen miteinzubeziehen. Es sind seitens des Bundesrats ebenfalls Aussagen zu den Aktivitäten der Musikschulen (z.B. Chor, Ensemble) zu machen bzw. die Musikschulen sind zumindest in den Erläuterungen zu thematisieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Schülerinnen und Schüler von der Primar- bis Sekundarstufe II handelt (über/unter 16 Jahre).

TG: Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur geplanten Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage betreffend Coronamassnahmen.

TI: Come indicato nel documento di accompagnamento, la consultazione viene promossa dal 10 al 14 dicembre 2021 "a titolo preliminare", ovvero senza indicazioni sulla tempistica prevista per l'entrata in vigore. Riteniamo tuttavia che questa indicazione rappresenti un elemento essenziale per la valutazione delle misure proposte. Rileviamo del resto che la scadenza è invece definitiva, allineandola al 24 gennaio 2022, come per le ultime misure decise.

Deploriamo pure la mancanza, in questa occasione (e anche nelle altre lingue), del rapporto esplicativo, che permette di esaminare nel dettaglio le revisioni legislative con cui vengono codificate le restrizioni prospettate.

È innegabile che i parametri epidemiologici siano tuttora in peggioramento e destino preoccupazione, in primo luogo sul piano federale. L'incidenza dei nuovi casi in Svizzera è ormai divenuta superiore a quella di tutti i Paesi limitrofi, che hanno invertito la tendenza grazie all'introduzione di misure drastiche. Inoltre il sovraccarico del sistema ospedaliero sembra ormai realtà in diverse regioni svizzere.

D'altro canto è anche vero che questa consultazione interviene ad una sola settimana di distanza dall'entrata in vigore degli ultimi inasprimenti decisi a livello federale, per cui non è ancora possibile verificarne compiutamente gli effetti.

Permangono comunque differenze significative tra le diverse macroregioni del Paese quanto a contagi e ospedalizzazioni. Auspichiamo che come ora i Cantoni mantengono la competenza di adottare provvedimenti più restrittivi di quelli decisi sul piano nazionale, anche in fase di allentamento sia garantita maggiore autonomia cantonale nell'adeguamento in funzione della propria situazione specifica.

Concordiamo con l'affermazione nel documento d'accompagnamento secondo cui provvedimenti più severi rispetto a quelle già attualmente in vigore comportano sempre più restrizioni delle attività sociali ed economiche. Ribadiamo pertanto, come in occasione dell'ultima revisione, che l'introduzione di nuove restrizioni rende necessaria la valutazione di un aggiornamento e rafforzamento degli strumenti di sostegno economico concepita sulla base della situazione attuale, riducendo l'attuale onere amministrativo e burocratico carico dei Cantoni e dei richiedenti. Chiediamo che questi strumenti siano interamente regolati e finanziati a livello federale, con un ruolo esecutivo dei Cantoni sulla base di chiare indicazioni, in modo da garantire un'applicazione omogenea su tutto il territorio nazionale.

In assenza di una domanda finale su commenti o proposte ulteriori, ribadiamo l'auspicio della reintroduzione dell'obbligo della mascherina anche in situazioni di affollamento all'aperto. Si tratta di una misura già conosciuta in passato, che può risultare d'attualità in relazione ad esempio a mercatini natalizi o veglioni di fine anno, così come nei luoghi d'attesa dei mezzi pubblici.

Per quanto riguarda la rinuncia a provvedimenti per il commercio al dettaglio e i comprensori sciistici in ragione delle limitazioni spontanee della capienza già adottate da questi settori, osserviamo che, proprio trattandosi di provvedimenti condivisi, non risulterebbero criticità a codificarli, con migliore chiarezza per l'utenza e le autorità di controllo. In tal modo vi sarebbe anche maggior sicurezza sull'applicabilità di queste limitazioni a tutti gli attori del comparto economico interessato.

A fronte delle misure assai restrittive proposte e dei riscontri dal tracciamento dei contatti sulla diffusione dei contagi in ambito familiare anche a persone vaccinate, riteniamo necessario riconsiderare, perlomeno per questi contatti familiari, l'esenzione dalla quarantena per le persone vaccinate o guarite, come disposto dall'art. 7 cpv. 2 lett. a e b dell'Ordinanza. È vero che queste norme si rifanno all'art. 3a della Legge Covid-19. Tuttavia queste stessa norma riserva possibili eccezioni.

Considerata la raccomandazione divenuta vieppiù pressante a sottoporsi alla vaccinazione di richiamo e i mesi trascorsi dalla vaccinazione di base soprattutto per le categorie più a rischio dal profilo anagrafico, chiediamo inoltre nuovamente di valutare la riduzione della durata di validità del certificato di vaccinazione, come già attuato o in discussione in altri Paesi europei.

Non riteniamo per contro praticabile al momento attuale un regime d'eccezione per le persone che già si sono sottoposte al booster. Ne risulterebbe un'indebita discriminazione nella misura in cui non sono ancora trascorsi i sei mesi per tutte le persone che la scorsa estate si sono annunciate per la vaccinazione appena possibile. La cosiddetta fase di normalizzazione ha in effetti preso avvio a inizio/metà agosto; di conseguenza talune

agevolazioni in funzione della vaccinazione di richiamo potrebbero semmai divenire d'attualità a inizio/metà febbraio 2022.

UR: Corona-Massnahmen werden in der Regel unter anderem aufgeteilt nach «Schule und Ausbildung», «Dienstleistungsbetriebe» sowie «Kultur-, Sport und Freizeitbetriebe». Die Bibliotheken werden je nach Situation unterschiedlich eingeordnet. Aktuell zählen sie zu den Kultur- oder Freizeitbetrieben. Dies greift zu kurz. Es ist zu prüfen, ob die Bibliotheken in ihrer Funktion als Bildungsinstitutionen gegebenenfalls wie bereits zu Beginn der Pandemie als «Dienstleistungsbetriebe mit wichtiger Funktion» den Schulen oder beispielsweise anderen Dienstleistungsanbietenden wie Buchhandlungen gleichgesetzt werden sollen und somit von allfälligen Schliessungen ausgenommen werden.

Die hier zur Diskussion stehenden Vorschläge greifen als staatliche Eingriffe massiv in die Wirtschaftsfreiheit ein. Das Parlament befürwortet eine Verlängerung des Corona-Erwerbsersatzes, der Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenentschädigung und der Kurzarbeit sowie der Härtefallentschädigung. Der Bund muss nun die entsprechenden Verordnungen so schnell wie möglich verlängern. Sollten am kommenden Freitag Massnahmen beschlossen werden, muss dies einhergehen mit einem gleichzeitigen Plan für die wirtschaftlichen Unterstützungen.

VD: Le Conseil d'État insiste pour que les restrictions décidées par la Confédération soient assorties d'une indemnisation fédérale des pertes économiques subies par les secteurs concernés (bars, discothèques, services traiteurs, transports publics, culture, etc.). Toute mesure supplémentaire décrétée par le niveau fédéral doit être assortie de dédommagement assumé par la Confédération.

VS: Nous insistons enfin sur la nécessité de prévoir des aides économiques pour les secteurs touchés par d'éventuelles mesures. De plus, l'application de contrôle des certificats doit être immédiatement adaptée aux décisions prises et idéalement devrait permettre le traçage là où il sera nécessaire.